

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 126 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 7/2005 · VOM 24. JUNI 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Tiefer Eingriff ins
Vermögen der Bürger**
Verkauf der Stadtwerkeanteile

6 | **Es geht um mehr als
nur eine Schule**
Grundschule Niederfinow

12 | **»... wie uns der
Kapitalismus weh tut«**
Interview mit [‘solid] Eberswalde

Schülerbeförderungskosten

Verklagt Schönbohm den Kreistag Barnim?

Überrumpelungsstrategie von Dezernent Gräfe

Eberswalde (bbp). »Abschließend möchte ich den Landkreis noch einmal nachdrücklich auffordern, der gesetzlichen Verpflichtung in eigener Verantwortung nachzukommen. Das politische Signal, das der Landkreis gegen die Kostenbeteiligung im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang gesetzt hat, dürfte bei den Betroffenen hinreichend deutlich geworden sein. Nunmehr sollte ebenso deutlich gezeigt werden, daß die Organe des Landkreises sich der rechtsstaatlichen Bindung an Recht und Gesetz verpflichtet fühlen.« Dr. Grünewald heißt der Mann, der dies dem Barnimer Landrat schickte. Er gehört der im Ministerium des Innern von Ex-General Jörg Schönbohm (CDU) angesiedelten Kommunalaufsicht an. Hintergrund ist der Beschluß des Kreistages Barnim vom 31.3.2004, entgegen der Forderung des Landes, die Eltern weiterhin nicht an den Kosten zur Schülerbeförderung zu beteiligen. Es war tatsächlich ein politisches Signal. Allerdings gerichtet an das Land, nicht einerseits mittels Schulschließungen und der Ausdünnung der ländlichen Schulstrukturen immer mehr Kinder zu »Fahrschülern« zu machen und gleichzeitig den Betroffenen dafür die Kosten aufzuhalsen.

Dort hat man das, wie das Schreiben des Dr. Grünewald beweist, offenbar nicht verstanden. »Ich beabsichtige daher«, heißt es in Grünewalds Brief, »im Wege einer kommunalrechtlichen Anordnung die Erfüllung der Verpflichtung aus § 112 Abs. 1 S. 3 BbgSchulG durchzusetzen.« Er droht sogar damit, »eine rückwirkende Inkraftsetzung der Kostenbeteiligung zum Beginn des Schuljahres 2004/2005, also zum 1.

August 2004, vorzuschreiben«. Eine Lektion im Fach Kommunale Selbstverwaltung, bei der sich Dr. Grünewald zum Schluß zum keule-schwingenden Großinquisitor aufschwingt: »Wenn gesetzlich vorgeschriebene Einnahmemöglichkeiten verhindert oder verzögert werden, wird ernsthaft über eine Haftung der Entscheidungsträger nachzudenken sein.« Im Sinne einer »Teile und herrsche«-Politik versucht der IM-Mitarbeiter dann auch noch, die Gemeinden für seine Zwecke zu vereinnahmen. »Ebenso wird zu überlegen sein«, schreibt er, »welche Folgen sich aus einem gesetzeswidrigen Einnahmeverzicht für die Rechtmäßigkeit der Höhe der Kreisumlage ergeben«.

Einen ganzen Kreistag in Haftung zu nehmen, wäre etwas Neues in Brandenburg, so der Kommentar eines Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuß des Kreistages. Es sei fraglich, ob der Innenminister dies politisch durchsetzen kann.

Seitens des zuständigen Kreisdezernenten Ulrich Gräfe wird indes alles getan, eine Regelung im Sinne des Schönbohm-Ministeriums herzustellen. Er will eilig eine neue Satzung vorlegen, was gewährleisten soll, daß »der Zeitraum für Verständnis schaffende Diskussionen entsprechend gering ausfällt«, für die Formierung von Widerstand also möglichst wenig Zeit bleibt. Schon am 24. August soll im Kreistag »mindestens einen grundsätzlichen Beschluß zur Elternbeteiligung« herbeigeführt werden. Zuvor soll die Vorlage am 21. Juli im Bildungsausschuß des Kreistages (A7) behandelt werden.

Erste Montagsdemo in Finow

Eberswalde (bbp). Nach den beiden Ausflügen ins Brandenburgische Viertel, fand die Eberswalder Montagsdemo am 13. Juni erstmals im Stadtteil Finow statt. Die mittlerweile 43. Montagsdemo wurde von den Organisatoren u.a. genutzt, um zur ersten gemeinsamen Brandenburger Montagsdemo am 2. Juli in Jüterbog einzuladen. An der Organisation beteiligen sich die Montagsdemos und Sozialbündnisse aus Jüterbog, Senftenberg, Angermünde, Eberswalde, Finsterwalde, Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder), Königs-Wusterhausen, Elsterwerda, Forst, Bad Freienwalde, Potsdam, Erkner, Storkow, Spremberg, Kyritz, Brandenburg an der Havel, Zossen, Hoyerswerda. Beteiligt sind auch die beiden Montagsdemo-Bündnisse in Berlin. (Seiten 7-10)



DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 17.30 UHR

ERSTE GEMEINSAME BRANDENBURGER MONTAGSDEMO IN JÜTERBOG (MARKTPLATZ)

»NICHT EINSAM – GEMEINSAM GEGEN DEN SOZIALABBAU«

2. JULI 2005, 14 UHR (11 UHR BUSTRANFER VON EBERSWALDE, KONTAKT: A. TRILLER, TEL. 03334/33019)

Seit ich mich wehre...

Ihr Leben bestand aus Einsamkeit, Trostlosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Angst. Viele nahmen sich schon das Leben und noch mehr haben es versucht. Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Hartz IV läßt viele Menschen nur noch die Flucht in den Suizid.

Manche werden sagen: Wer sich das Leben nimmt, ist zu feige zum Leben.

Wir sehen das anders. Denn wir kennen die Angst, Hoffnungslosigkeit und Mutlosigkeit.

Es gibt eine Internetseite der Evangelischen Kirche mit einer erschreckenden Liste. Auf dieser Liste äußern sich Hartz IV-Suizid gefährdete Menschen. Eine Frau schreibt: »warum werde ich morgen früh noch wach?« Von einem anderen ist zu lesen: »Von meinem letzten Geld kaufe ich mir einen schönen Strick«. Eine 24jährige Frau äußert, sie würde gerne wegen Hartz IV den Freitod wählen. Aber sie habe ihrer Mutter gegenüber ein schlechtes Gewissen. Es gehe schon weiter und werde immer schlimmer. In einem Bericht heißt es: »Die Materie ist mir bekannt. Ich selber mußte meinen Sohn deshalb vor zwei Jahren schon auf der Intensiv aufsuchen. Kein Selbstmitleid, kämpft! Macht was dagegen! Geht auf die Straße ... Denkt daran: Außenminister Fischer hat auch mal mit faulen Eiern geworfen. Denn immer, wenn man glaubt es geht nicht mehr, kommt irgendwo ein Lichtlein her!« Zitat Ende.

Wir haben keine Aussicht auf Arbeit. Nein, wir sind von den Almosen des Staates abhängig und das ist eine Strafe für uns. Wir sollen dankbar sein? Da frage ich mich wofür denn? Sozialabbau bedeutet Armut, Ausgrenzung, Krankheit und Mutlosigkeit.

Bevor wir zur ersten Demo aufgerufen hatten, bestand auch mein Leben aus Isolation. Ich fühlte mich einsam, ausgestoßen, nutzlos und überflüssig. In meinen Träumen sah ich mich schon als Obdachlose unter einer Brücke schlafen. Ich bin eine von Euch, deshalb kenne ich Eure Gefühle und Gedanken. Eine Kämpferin war ich nie, aber Wut und Empörung über die unsoziale Politik trieb mich auf die Straße. Seit ich mich wehre, geht es mir besser, deshalb werde ich nicht aufgeben.

Wir dürfen nicht zulassen, daß sich Bürger isolieren und ausgrenzen. Sie gehören zu uns, unter uns. So geht man nicht mit Menschen um, wir haben ein Recht zu leben und nicht nur zu vegetieren. In dieser Gesellschaft geht es aber nur noch um Profite und Macht. Der Mensch bleibt auf der Strecke. Wir werden als Ware für 1 Euro die Stunde verkauft. Das nenne ich Sklavenarbeit.

Laßt nicht zu, daß uns die Gesellschaft spaltet. Die Arbeitslosen, Arbeitnehmer, Behinderte, Rentner, kleine Unternehmer sowie Kinder und Jugendliche gehören zusammen. Gesundheit, Arbeit, Bildung, Rente und soziale Absicherung sollten an erster Stelle stehen und nicht die Profite der Industriebosse. Jeder der sich isoliert fühlt, sollte sich uns anschließen.

MANUELA RICHTER

Schon wieder:

Zensur im Eberswalder Amtsblatt

Eberswalde (bbp). In der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde heißt es in § 19, Abs. 5: »Die Fraktionen, Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister/innen sind berechtigt, zur Unterrichtung der Einwohner/innen monatlich einen Beitrag im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde – Eberswalder Monatsblatt – zu veröffentlichen.«

Wie der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller in der StVV-Sitzung am 16. Juni monierte, wurde ihm dieses Recht für die Ausgabe Juni 2005 des Amtsblattes nicht eingeräumt. Auf Nachfragen und einen schriftlichen Protest beim Bürgermeister, verbunden mit der Forderung, den nicht veröffentlichten Beitrag vor der StVV-Sitzung in der MOZ zu veröffentlichen, antwortete die Pressesprecherin:

»...als Beantwortung Ihres Schreibens teile ich Ihnen in Abstimmung mit dem Bürgermei-

ster mit, daß eine Veröffentlichung von Beiträgen im Amtsblatt der Stadt Eberswalde ausschließlich in der Entscheidung der Stadt liegt. Bis zum Redaktionsschluß eingesandte Artikel haben nicht den Anspruch, in der nächstfolgenden Ausgabe unbedingt veröffentlicht zu werden. Da uns monatlich eine Fülle von Beiträgen zugesandt wird, obliegt es dem Herausgeber die Entscheidung zu treffen, zu welchem Termin eine Veröffentlichung entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten geschehen kann.

Ihr letzteingesandter Beitrag wird, so Ihnen auch vermittelt, höchstwahrscheinlich in der Juli-Ausgabe zur Veröffentlichung kommen.

Eine Forderung zur Bekanntgabe eingesandter Beiträge in einer bestimmten Ausgabe des Amtsblattes kann nicht durch die Autoren erfolgen.«

Bürgerentscheid gegen Privatisierungen

Mülheim an der Ruhr (jw/bbp). Im Frühjahr stimmten 27.400 Mülheimer Bürger gegen weitere Privatisierungen in ihrer Stadt. Lediglich 5.000 Bürger sprachen sich für weitere Verkäufe städtischer Unternehmen aus. Das Votum bindet Rat und Verwaltung zumindest für zwei Jahre. Es war der erste Bürgerentscheid, der sich nicht gegen eine einzelne Privatisierung richtete. Zur Entscheidung stand die Frage: »Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung bzw. Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?« Der Bürgerentscheid wurde von der Initiative »unser mülheim« organisiert, unterstützt von ATTAC, ver.di, und der 2-Mann-Ratsfraktion »Wir aus Mülheim«.

Eine entscheidende Rolle spielten dagegen die Mülheimer Bürger-Initiativen (MBI), die seit letzten September mit fünf Mitgliedern im Rat vertreten sind. SPD, CDU und FDP, die sich grundsätzlich und verbissen gegen den Entscheid wehrten, haben in der Vergangenheit wesentliche Teile der Abfallentsorgung, der Energie- und Wasserversorgung an die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) verkauft. Müllgebühren, Gas- und Wasserpreise sind seitdem schneller gestiegen als je zuvor. Da das versprochene Ziel der Haushaltssanierung trotzdem nicht erreicht wurde, wollen die Unbelehrbaren jetzt noch Krankenhäuser verkaufen und Schulen von privaten Bauunternehmen betreiben lassen.

(weitere Infos in »junge welt«, 1.3.2005)

Ehemalige Zwangsarbeiter aus Belorußland in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus weilten vom 30. Mai bis zum 8. Juni ehemalige Zwangsarbeiter aus Belorußland in Eberswalde. Die Gäste folgten einer Einladung des Geschichtswissenschaftlichen Institutes Eberswalde (GWI). Auf dem Besucherprogramm standen neben einer Stadt- und Werkbesichtigung eine Führung durch das

Kloster Chorin, eine Besichtigung der Mariamagdalenen Kirche und zahlreiche Gespräche. Auch ein Empfang bei Bürgermeister Reinhard Schulz stand auf dem Programm. Parallel zum Besuch gab es vom 18. Mai bis zum 6. Juni eine Ausstellung des GWI in der Mariamagdalenen Kirche in Eberswalde, die sich mit dem Thema Zwangsarbeit auseinandersetzt.

Barnim-Uckermark-Stiftung zum Campusfest der FH

Eberswalde (bus/bbp). Mit einem Info-Stand präsentierte sich die Barnim-Uckermark-Stiftung (BUS) zum Campusfest am 18. Juni auf dem Stadtcampus der Fachhochschule Eberswalde. Mit dem Campusfest feierte die FH 175 Jahre Forschung und Lehre in Eberswalde.

Die BUS-Akteure informierten in persönlichen Gesprächen über das Anliegen und berichteten über die bisherige Arbeit der Stiftung. Außerdem stellten sie das zur Stifterversammlung im März entwickelte Projekt »Vorlese-

initiative Eberswalde« vor. Auf Initiative der Bürgerstiftung und mit finanzieller Unterstützung des GLOBUS Naturkostladens sollen regelmäßige Vorlesenachmittage für Kinder angeboten werden. Etwa 15 ehrenamtliche Vorleser sind gefunden, die Vorlesenachmittage beginnen nach den Sommerferien. Zusätzlich zu den Informationen und Gesprächen gab es zur Erfrischung Bio-Bananen-Milchshakes von GLOBUS-Naturkost. Der Erlös aus dem Verkauf fließt in die Vorleseinitiative.

Verkauf der Stadtwerkeanteile

Tiefer Eingriff ins Bürgervermögen

Am 16. Juni stimmte die StVV Eberswalde mit deutlicher Mehrheit in nichtöffentlicher Sitzung für den Verkauf der letzten städtischen 26 Prozent Anteile an den Stadtwerken. Zwölf Stadtverordnete, darunter die von BKB/Freien Wähler, stimmten dagegen.

Die Befürworter des Verkaufes argumentieren: Der Verkauf erfolgte zur richtigen Zeit. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre der Verkaufswert der städtischen Anteile weit geringer gewesen. Die erreichte Verkaufssumme war zudem ein Resultat äußerst geschickter Verhandlungen. Jährliche Gewinnausschüttungen sind verzichtbar, da sie für die Zukunft nicht garantierbar sind und ohnehin lediglich in den letzten Jahren erfolgten. Durch eine Privatisierung und Einbindung der Stadtwerke in eine größere Fusion können die Kosten gesenkt und die Bürger mit niedrigeren Gaspreisen als bisher erfreut werden. Der Namen »Stadtwerke Eberswalde« bleibt auch nach dem Verkauf noch jahrelang bestehen. Steuern und Konzessionsabgabe bleiben erhalten. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 2010 ausgeschlossen.

Dem ist entgegen zu halten: Daß der Verkauf zur richtigen Zeit erfolgte und der Verkaufserlös nicht höher hätte ausfallen können, darf bezweifelt werden, da einerseits eine Voraussage gerade bei ökonomisch-finanziellen Prozessen äußerst unsicher ist und andererseits die Käufer sicherlich nicht die Anteile übernehmen hätten, wenn sie sich nicht einen lohnenden Gewinn versprochen hätten. Wenn die Zukunft der Stadtwerke tatsächlich so negativ eingeschätzt worden wäre mit wenig Aussicht auf Gewinnausschüttung, hätten die Mitgesellschafter sicher nicht an einen Zukauf von Anteilen, sondern eher an den Verkauf ihrer eigenen Anteile gedacht. So aber erfolgten in der Vergangenheit unter Miteinsatz des kommunalen Geldes, also des Geldes der Bürger, die Investitionen, die nun Gewinnausschüttungen erwarten lassen, an denen nun aber die Stadt und ihre Bürger nicht mehr beteiligt sind. Privatisierung und Fusionierung und damit stärkere Herausbildung eines Monopols führen wohl kaum zur Senkung der Gaspreise. In letzter Zeit mußte u.a. wegen zu hoher Gaspreise das Kartellamt aktiv werden. In Eberswalde wurde eine angekündigte Preiserhöhung erst nach energischem und massenweisen Protest der Bürger ausgesetzt. Der Verlust der Mitgesellschaft an den Stadtwerken schränkt die Mitwirkungsrechte der Bürger, die sie über die Abgeordneten besitzen, ein. Die Änderung des Namens der Stadtwerke und die betriebsbedingten Kündigungen stünden bei Verbleib der Stadt als Mitgesellschafter erst gar nicht zur Diskussion. Steuer und Konzessionsabgabe berühren nicht die Kernfrage des Verkaufes.

Aus der Gegenüberstellung der Argumente geht nicht hervor, worin der Grund für den

Verkauf der Stadtwerkeanteile besteht. Der Verkauf der Stadtwerkeanteile ist die bittere Konsequenz einer über Jahre hinweg erfolgten verfehlten Haushaltspolitik. Die verschwundenen Brandstetter-Millionen, die defizitären Projekte Hafen und Zählerwerkstatt mit Luftschloß-Charakter, das für Eberswalde zu groß und damit zu teuer geratene Spaßbad »Baff« sind Beispiele dafür.

Darüber hinaus stellt die Ausgründung der Technischen Werke ein besonderes finanzpolitisches Kabinettstückchen dar. Die TWE verwalten seit ihrer Gründung nur rote Zahlen. Doch dazu muß man keine GmbH gründen. Außer einem anspruchsvollen Namen haben die TWE nichts zu bieten. Während jeder Existenzgründer, bevor er Geld erhält, eine überzeugende Geschäftsidee vorweisen muß, belasten die TWE über Jahre hinweg den Stadthaushalt in Millionenhöhe ohne bislang ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept, das schwarze Zahlen erwarten läßt, vorgelegt zu haben. Ihr Daseinszweck besteht offensichtlich nur darin, das Geld der Stadt, das ja das Geld der Bürger ist, zu vernichten. Die bereits verbrauchten Gelder aus dem ersten Anteilverkauf belegen das. Unter diesen Umständen wäre es richtig, die TWE aufzulösen, Hafen und Zählerwerkstatt abzustoßen, die Verwaltung des »Baff« ins Rathaus hinein zu holen und die dann unnötige Verwaltung der TWE zu eliminieren. Das brächte dann wenigstens noch Einsparungen an Personalkosten.

Zu allem Überfluß wird aber die sich in immer größere Verschuldung hinein manövrierende Haushaltspolitik unbeirrt fortgesetzt, in dem die Erlöse aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile in die sattsam bekannten Fässer ohne Boden fließen. Das war für BKB/Freie Wähler ein weiterer Grund, dem Verkauf der Stadtwerkeanteile in der StVV nicht zuzustimmen. Es dürfte jedem klar sein, daß ein Ende der TWE schon heute absehbar ist, nämlich dann, wenn der Erlös aus dem Verkauf durch die TWE aufgebraucht ist. Gerade auch das spricht für eine sofortige Auflösung der TWE.

Aber auch für die anderen Zuschußobjekte wie Familiengarten, Zoo und Haus Schwärzetal muß ein bescheidenerer Finanzrahmen gefunden werden, der den realen Möglichkeiten des Eberswalder Haushaltes entspricht. Jedenfalls muß jetzt, nachdem die StVV mehrheitlich den Verkauf der Anteile an den Stadtwerken gewollt hat, der Verkaufserlös, also das kommunale Bürgervermögen, vor einem unverantwortlichen Versickern gerettet werden.

Wie man auch zum Verkauf der Stadtwerkeanteile stehen mag, für BKB/Freie Wähler bleibt der Vorgang ein tiefer Einschnitt in das Bürgervermögen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Fraktionsvorsitzender BKB / Freie Wähler

Aktienspekulation?

Eberswalde (bbp). Die Berichterstattung der regionalen Tagespresse über die Hauptausschußsitzung am 9. Juni stellte diese Frage in den Raum. Es seien Aktien »gefunden« worden, von denen der Bürgermeister bislang nichts wußte. Herrschte in der Finanzverwaltung der Stadt bisher das reinste Chaos? Oder sollte die Arbeit des bisherigen Kämmers denunziert werden? Fragen, die auch in der Einwohnerfragestunde der StVV am 16. Juni angesprochen wurden. Außerdem hatte der Stadtverordnete Gerd Markmann wegen der Brisanz der in den Raum gestellten Halbinformationen um eine Klarstellung seitens der Stadtverwaltung gebeten. Hier die Antworten auf die Fragen:

1. Wann wurden diese Aktien von der Stadt Eberswalde erworben?

Die Stadt Eberswalde hat im Jahr 1933 diese Aktien als PREUSSAG AG Aktien erworben. Die Deutsche Ausgleichsbank mit Sitz in Bonn/Bad Godesberg verwaltete im Auftrag des Bundesministerium des Innern nach § 27, Abs. 3 Rechtsträgerabwicklungsgesetz (RabwG) das im (alten) Bundesgebiet und Berlin-West belegene Vermögen ost- und mitteldeutscher Gebietskörperschaften treuhänderisch. Nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages ist dieses Vermögen nach der Wende an die Berechtigten oder deren Nachfolger übertragen worden. Daraufhin hat die Stadt Eberswalde per 01.02.1993 von der Deutschen Ausgleichsbank 575 Stück PREUSSAG AG Aktien zu 50,00 DM pro Stück übertragen bekommen. Am 16.04.1999 wurden diese 575 Aktien im Verhältnis 1:10 in 5.750 Stück wegen Änderung der Börsennotiz mit Beschluss des Vorstandes und Zustimmung des Aufsichtsrates umgewandelt. Am 01.07.2002 änderte sich die Wertpapierbezeichnung von PREUSSAG AG Aktien O.N. in TUI AG Aktien O.N.

2. Wieviel Stück und zu welchem Kurs wurden die Aktien erworben?

Es wurden 575 Stück PREUSSAG AG Aktien noch zu Reichsmark erworben. Der damalige Wert ist leider nicht bekannt.

3. Wer hat den Kauf dieser Aktien veranlaßt?

Weitere Angaben als zu den Fragen 1 und 2 können leider nicht gegeben werden.

4. Unter welcher Haushaltsposition wurden die jährlichen Dividendeneinnahmen verbucht?

Die jährlichen Dividendengutschriften wurden seit der Übertragung in der Haushaltsstelle 91000.21000 - Dividenden verbucht.

5. Wer hat die jährlichen Termine zu den Hauptversammlungen wahrgenommen?

Seitens der Stadt wurde die Teilnahme an einer Hauptversammlung nicht wahrgenommen.

6. Ist damit zu rechnen, dass künftig weitere Aktien gefunden werden?

Seit der Rückübertragung der Aktien an die Stadt werden diese in der Anlage zur Jahresrechnung im Teil Vermögenübersicht nachgewiesen. Es ist nicht bekannt, daß der Stadt weitere Aktien gehörten, deren Rückübertragung noch nicht erfolgte.

Über den Umgang mit der Demokratie in der Stadt Eberswalde und der Stadtverordnetenversammlung im Besonderen kann man Fortsetzungsromane schreiben. Die StVV am 16. Juni gab wieder hinreichend Stoff.

Am Beginn wie immer die Einwohnerfragestunde. Im Vorfeld der Sitzung hatte die Fraktion BKB/Freie Wähler mit einer Anfrage erfahren wollen, wie denn die Einwohner- und Abgeordnetenfragen seit der letzten Kommunalwahl abgearbeitet wurden. Der Bürgermeister demonstrierte gleich, wie das lang geht: Vor Sitzungsbeginn wurde den Abgeordneten eine Antwort auf die Tische gelegt. Sodann erklärt der Versammlungsleiter, es habe eine schriftliche Antwort gegeben – und schon ist das Thema für die laufende Sitzung von der Tagesordnung. Die anwesenden Bürger wissen natürlich nicht worum es geht – und sollen es wohl auch nicht wissen. Die schriftliche Antwort ist dann aber auch gar keine Antwort, sondern nur die Bitte des Bürgermeisters, vom Auskunftsbegleichen Abstand zu nehmen. Analog wurden auch weitere Abgeordnetenfragen auf diese öffentlichkeitsscheue Art abgearbeitet.

Gelächter und hämisches Grinsen auf die Frage der Einwohnerin Ute Frey zu Aktienspekulationen, die sich aus einem Presseartikel ergeben hatte. Abgeordnete und Verwaltung zeigten sich erheitert, wohl weil sie meinten, daß die Frage ins Leere ging. Der Abgeordnete Markmann erfuhr bei dieser Gelegenheit die große Ehre, daß man die Antwort, die er auf seine gleiche Frage bekommen hat, wörtlich vorlas. Diese Ehre hatte er der gleichen Schadenfreude des Leerlaufens zu danken.

Dabei ging dann allerdings unter, daß der Hintergrund der Fragen die Frage nach der Zulässigkeit und der Verantwortung für spekulative Haushaltspositionen war. Der im Hauptausschuß beschlossene sofortige Verkauf der Aktien beendet unzulässiges Handeln erst jetzt, aber da muß doch bisher etwas versäumt worden und jemand dafür verantwortlich gewesen sein?

Die Fragestellerin wird jedenfalls »bedient« gewesen sein. Nur hartgesottene Fragesteller verdauen solchen Umgang. Herrn Fennert war es überlassen, den unwürdigen Umgang mit der Einwohnerfrage zu kritisieren.

Als hartgesotten erwies sich der Fragesteller Aler Bernd Pomraenke. Er stellte fest, daß man seine zurückliegende Frage erst nach Wochen und dann nur zum geringen Teil beantwortet hatte und forderte jetzt Antworten und die Benennung des Verantwortlichen für die Fragenbeantwortung. Der stellvertretende Vorsitzende der StVV erklärte dazu, das wäre Sache des Bürgermeisters, der auch andere beauftragen könne. Es könne natürlich sein, daß die Antworten den Fragesteller nicht befriedigen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke, Herr Kikow, antwortete belehrend und widerwillig auf die ausstehenden Fragen, er werde dem

Von der Sitzung der StVV Eberswalde am 16. Juni:

Eine unendliche Geschichte

sichtsrates mitteilen und die Frage zu den Widersprüchen gegen die Gaspreiserhöhung an den Geschäftsführer weiterleiten.

Nach solchen Praktiken mußte man erstaunt sein, daß der dritte Einwohner, Oliver Zwenzner, recht gnädig behandelt wurde. Weil BKB/Freie Wähler den Umgang mit Fragen auf den Prüfstand gestellt hat? Weil Zwenzner erstmals auftrat? Weil die in der Tagesordnung vorgesehene Debatte um seinen Gegenstand nicht gefährdet werden sollte? Weil der Versammlungsleiter gutgewillt oder unerfahren war? Jedenfalls konnte Oliver Zwenzner seine Fragen zur Telekomstraße komplett an den Mann bringen, Nachfragen stellen und sogar etwas mit den Abgeordneten debattieren. Auch Beifallsbekundungen wurden widerspruchslos hingenommen. Weiter so – möchte man da nur sagen.

Doch das »weiter so« ist vielleicht Zukunft. In der Abgeordnetenfragestunde ging's im alten Stil weiter. Die Frage, warum der Artikel des Ortsbürgermeisters von Finow nicht im Amtsblatt veröffentlicht wurde, erfuhr keine eindeutige Aufklärung. So blieb im Raume stehen, daß Bürgermeister Schulz das Recht haben könnte, einen ihm nicht genehmen Artikel nach eigenem Gusto zu veröffentlichen – oder auch nicht. Das wird sicher noch ein rechtliches Nachspiel haben.

Um Demokratie ging es erneut bei der Vorlage »Änderung der Hauptsatzung«. Natürlich mußte man die in einem Punkt »fehlerhafte« Satzung ändern. Es genügt nicht, eine Fraktion zu sein, wenn man eine Sondersitzung der StVV beantragen will, sondern es müssen wenigstens zwanzig Prozent der Abgeordneten sein, die diese Forderung stellen. Zehn Jahre lang hat das niemanden gestört. Aber jetzt, wo eine kleine Fraktion eine Sondersitzung zu einem unliebsamen Gegenstand gefordert hatte (die auch durchgeführt wurde) entdeckt man diesen Fehler. »Nur gut, daß wir in der Sondersitzung keine Beschlüsse gefaßt haben, sonst müßten die kassiert werden«, wurde die »gute Tat« begründet. (Man wird sich auch in ordentlichen Sitzungen noch lange schwer tun, die Vorlagen der Sondersitzung zur Transparenz in kommunalen Unternehmen zu beraten und zu beschließen).

Dr. Spangenberg's Einwand im Hauptausschuß, daß es sich mit dieser Satzungsänderung um eine Lex BKB/FW handele, wurde harsch zurückgewiesen, denn es habe auch früher schon Sondersitzungen gegeben. Ein Fünftel der Abgeordneten, das sind in der StVV Eberswalde 8. Das heißt, nicht einmal die drittstärkste Fraktion der CDU, die 7 Mitglieder hat, kann künftig ohne fremde Hilfe eine Sondersitzung beantragen. Nun wissen alle, was Demokratie ist.

Haushaltsdebatten sind Sternstunden der parlamentarischen Arbeit, so heißt es. Diesmal gab's nicht einmal Statements der Fraktionen. Sacharbeit gehört in die Ausschüsse und schwierige Sacharbeit in nichtöffentliche Arbeitsgruppen. Was soll man dann im Plenum der StVV noch lange diskutieren. Und wo bleibt die Bürgerbeteiligung? Die Bürger, die gekommen und solange geblieben waren, wissen nun genau, wo die Probleme dieser Stadt liegen, zumindest haben sie dazu die Meinung des Bürgermeisters gehört. Schuld an der schwierigen Haushaltslage haben der Kreis, das Land und der Bund, die Weltlage und vielleicht noch der liebe Gott. In der eigenen Stadt sind es vielleicht noch die Abgeordneten, deren »Sparwillen« (Streichen bei Leistungen für die Bürger) nicht genügend ausgeprägt ist und die sich gegen die Vorschläge der Verwaltung stellen.

Aber auch der aufmerksamste Zuhörer hat nicht ein einziges Wort der kritischen Wertung der eigenen Arbeit gehört. Kein Wort von defizitären Bereichen und wie man sie sanieren will. Kein Wort davon, daß frühere Entscheidungen sich vielleicht als falsch erwiesen haben, bzw. daß Erwartungen nicht eingetroffen sind. Keine Konzepte – bestenfalls Hoffnungen.

Einen Erfolg für die Demokratie gab es dann doch noch. Die Absicht, mit einem »Umstufungskonzept« im Zusammenhang mit dem Bau der B167 – Nord auch Grundsatzentscheidungen zur Telekomstraße mit unterzumogeln, wurde gestoppt. Eine knappe Mehrheit der Abgeordneten ließ sich wohl doch davon überzeugen, daß es für eine Entscheidung zur Telekomstraße derzeit überhaupt keine tragfähigen Unterlagen gibt. Zu denken gibt trotzdem, daß der Versuch der Überrumpelung der Abgeordneten gemacht wurde und viele Abgeordnete mitspielen wollten.

Doch auch im nichtöffentlichen Teil der StVV spielte Demokratie eine Rolle, oder besser gesagt keine Rolle. In nichtöffentlicher Sitzung wurde über den Verkauf der restlichen Anteile an den Stadtwerken entschieden. Aber wieso in nichtöffentlicher Sitzung. Die Argumente des Für und Wider sind von allgemeinem öffentlichem Interesse und die Entscheidung ist von großer Tragweite. Die Tatsache, daß dahinter ein privatrechtlicher Kaufvertrag steht, reicht nicht aus, die Öffentlichkeit auszuschließen. Nur der Vertrag selbst durfte nicht öffentlich gemacht werden.

Die Entscheidung in geschlossener Sitzung dürfte kein Versehen gewesen sein, sondern ein weiterer bewußter Versuch zum Ausschluß der Öffentlichkeit, der möglicherweise noch ein Nachspiel hat.

Irgendwann werd' ich mal...

»Irgendwann werd' ich mal was ganz großes tun«, heißt es in einem Lied der Klaus-Renft-Combo. Fast scheint es, als hätten die DDR-Altrockler schon vor 32 Jahren den heutigen Eberswalder Bürgermeister und seine Verwaltung im Blick gehabt.

Nun soll also 2006 mit den »einschneidenden Maßnahmen« zur Sanierung des maroden Haushaltes der Stadt Eberswalde begonnen werden. So kündigte es Bürgermeister Schulz an. Der Verkauf der Stadtwerke helfe nur kurzfristig – wobei Schulz nicht erwähnte, daß die aktuellen Verkaufserlöse für den 2005er Haushaltsausgleich gar nicht benötigt werden. Wie die »einschneidenden Maßnahmen« aussehen könnten, ließ der Bürgermeister offen. Jedenfalls sei »Augenmaß« angebracht und für einen sozialen und kulturellen »Kahlschlag« stehe er nicht zur Verfügung.

Die Stadtverordneten gaben sich damit zufrieden. Auf den bei Haushaltsabstimmungen üblichen politischen Schlagabtausch wurde verzichtet. Darauf hatte sich der Bürgermeister mit den Fraktionsvorsitzenden in der Vorbesprechung geeinigt. Denn neben der Haushaltssatzung standen 27 weitere Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung und man wollte wohl nicht eine Vertagung der StVV-Sitzung riskieren, die auch ohne Haushaltsdiskussion erst kurz vor dem Ultimotermi 22 Uhr zu Ende war. Zudem sei ohnehin schon alles gesagt worden.

Geht man vom Abstimmungsergebnis aus, wäre wohl auch wenig Widerspruch zu den Ausführungen des Bürgermeisters zu erwarten gewesen. Der Verwaltung gelang es erfolgreich, ihre Politik als alternativlos und ausschließlich von Sachzwängen diktiert darzustellen. Selbst seitens der Fraktion BKB/Freie Wähler, die den Haushalt geschlossen ablehnte, gab es keine grundsätzliche Kritik.

Geschäftsberichte (2)

Eberswalde (bbp). Unlängst hielt der Bürgermeister die Geschäftsberichte städtischer Gesellschaften noch für so »vertraulich«, daß sie nichtmal den Stadtverordneten ausgehändigt werden konnten (BBP 3/2005). Eine erneute Anforderung der Berichte von Stadtwerken und TWE wurde nunmehr positiv beschieden. »Die seitens des zuständigen Mitarbeiters vorgebrachte Entschuldigung, daß sich die Ablehnungen lediglich auf die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse bezogen hätten, kann ich akzeptieren«, sagte der Stadtverordnete Gerd Markmann gegenüber der BBP, »jedem soll das Recht auf Irrtum zugestanden werden«. Wichtig sei, daß wieder ein Stück mehr an Transparenz zur Normalität geworden sei. Das schaffe Vertrauen und das sei »das wichtigste Fundament für eine vernünftige Zusammenarbeit der Stadtverordneten mit ihrer Verwaltung«.

Dr. Spangenberg trug lediglich eine lange Liste von Einzelvorschlägen vor, die als Anregungen für den 2006er Haushalt zu Protokoll genommen wurden. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller gab seine Bemerkungen zum Haushalt schriftlich ab. Andere Ortsbürgermeister waren gar nicht erst erschienen.

Was zur Lösung der Eberswalder Haushaltsprobleme notwendig ist, war schon im vorigen Herbst in der »Barnimer Bürgerpost« nachzulesen: »... eine aufgabenorientierte Verwaltungsstrukturreform, eine leistungsorientierte Personalpolitik, die Rückgängigmachung von Klientelpolitik sowie die Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark, Familiengarten und Kulturhaus« (»Eberswalde und der gordische Knoten« in BBP 11/2004). Noch ist

Haushaltsabstimmung

22 Stimmen dafür:

Bürgermeister, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, CDU-Fraktion, 2 Stadtverordnete der PDS

5 Stimmen dagegen:

Fraktion BKB/Freie Wähler, 1 Stadtverordneter der PDS, 1 fraktionsloser Stadtverordneter

9 Enthaltungen:

Fraktion Grüne/BFB, 5 Stadtverordnete der PDS

offen, ob die Anfang des Jahres eingeleiteten Veränderungen in der Verwaltungsstruktur der Beginn der notwendigen Reform darstellt. Hinsichtlich der Personalpolitik sind durch den bis 2007 laufenden Tarifvertrag enge Grenzen markiert, die nur durch eine Vertragskündigung zu sprengen wären. Die Sanierungsfälle wurden vom neuen Kämmerer zumindest schon mal als solche erkannt. Wir werden sehen, ob das »Irgendwann« tatsächlich schon 2006 beginnt.

GERD MARKMANN

Steuererhöhung kassiert

Eberswalde (bbp). Mit einem Verwirrspiel war es der SPD-Fraktion im Dezember vorigen Jahres gelungen, eine bereits zweimal von der Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten abgelehnte Erhöhung der Grundsteuer doch noch in die Haushaltssatzung zu schmuggeln (vgl. »Verarschung« in BBP 1/2005). Da dem Haushalt 2005 die kommunalaufsichtliche Anerkennung versagt blieb, wurden die neuen Steuersätze allerdings nicht wirksam. Mit der Neuverlage des Haushaltes stand so die Höhe der Steuersätze erneut zur Debatte. Diesmal blieb Zeit für die Formierung einer breiten Opposition gegen die beabsichtigten Erhöhungen, auf deren Seite sich schließlich auch die SPD schlug. Die vorgelegte Hebesatzung zog die Verwaltung zurück. Es bleibt also bei den bisherigen Hebesätzen von 200 % bzw. 350 % für die Grundsteuer A und B sowie 350 % für die Gewerbesteuer.

Vermögen nur einmal da

PDS-Fraktion zum Haushalt 2005

Mit der Tatsache, daß wir uns über kurz oder lang mit dem Haushalt de Jahres 2005 noch einmal beschäftigen werden, hatten wohl fast alle gerechnet. Die Lösung, die für dieses Jahr verbleibt, ist der Griff ins viel zitierte Tafelsilber. Das aber heißt zugleich, daß der Substanzverzehr an allen Ecken und Enden des kommunalen Vermögens ungebremst weitergeht.

Rundum aus Fraktionen und Verwaltung hören wir die Warnung vor dem Zurücklehnen angesichts eines nunmehr genehmigungsfähigen Haushalts und nach Fortsetzung eines strengen Sparkurses. Gleichzeitig sind aus den gleichen Richtungen aber auch völlig entgegengesetzte Signale zu vernehmen. Das macht es nicht leicht, an einen ernsthaften Sparwillen zu glauben. Dazu kommt, daß sich seit der ersten Beschlußfassung zum Haushalt 2005 die Rahmenbedingungen kommunalen Haushaltes nicht eine Spur verbessert haben: Die Wirtschaftskraft in der Region stagniert weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Entscheidungen von Bundes- und Landesregierung zu den Fragen der Gemeindefinanzierung und zur Verteilung der Steuermittel in diesem Lande sind nicht geeignet, die Probleme der Kommunen im allgemeinen und der im Osten im Besonderen zu lösen. Bisher haben Entlastungen der Kommunalhaushalte nicht real stattgefunden und eine Funktionalreform, die den Namen auch verdient und die die Kommunen nach ihren tatsächlichen Aufgaben finanziell ausstattet, gab es bisher auch nicht.

Die im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung ausgesprochenen Haushaltssperren haben eine Reihe neuer Diskussionsansätze aufgezeigt, die beitragen können, Kosten von Verwaltungsabläufen zu minimieren.

In meinem Statement zu dem abgelehnten Haushalt habe ich auch die unterschiedlichen Interessenlagen der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung hingewiesen. Grundsätzlich haben sich die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, was im Haushalt verzichtbar und wer möglicherweise mit neuen Abgaben belastbar ist, nicht verändert. Als Beispiel mag hier nur die Diskussion über die Gewerbesteuer genannt sein. Was sich angesichts der Diskussion über Aufgabenabbau und -verlagerung auf jeden Fall verbietet, ist die Übernahme neuer zuschußträchtiger Aufgaben in städtische Zuständigkeit (z.B. Telekomstraße). Wenn es schon keine Einigung darüber gibt, was verzichtbar ist, sollten sich die Fraktionen wenigstens dazu bekennen auch wenn das ähnlich schmerzhaft ist wie ersteres.

Eins scheint sicher, der Haushalt wird aus der Entnahme aus dem Verkaufserlös der Gesellschafteranteile auszugleichen sein, zukunftsfruchtig wird er dadurch nicht. Vermögen das dazu bestimmt ist, regelmäßig Ertrag zu erzielen, kann man nur einmal Verzehren.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender

Bildung für ALLE

Vom 3. bis 5. Juni fand mit mehr als 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die 9. Bildungspolitische Konferenz der PDS statt, die sich mit einem Entwurf Bildungspolitischer Leitlinien der PDS auseinandersetzte. Im Ergebnisse der Diskussion haben die Autoren die weitere Präzisierung der Aussagen der PDS zur Bildungspolitik verabredet und den aktuellen Stand der Diskussion mit einer Erklärung zur Bildungspolitik in Deutschland dokumentiert. Das als »Weimarer Erklärung« deklarierte Papier fordert u.a. das Recht auf Bildung als Grundrecht in die Verfassung aufzunehmen; die extrem hohe Abhängigkeit des Bildungszugangs und des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen zu überwinden durch Verstärkung der individuellen Förderung und Beseitigung des Zustandes der frühzeitigen Auslese der Kinder; die Überwindung der deutschen Kleinstaaterie im Bildungsbereich zugunsten einer neuen Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und der Ökonomisierung des Bildungswesens und der Privatisierung entgegenzutreten. Wesentliche Forderungen sind:

- Stärkung der frühkindlichen Förderung: weiterer Ausbau der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen und Erleichterung des Zugangs zu ihnen. Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an.
- Überwindung des gegliederten Schulsystems hin zu einer integrativen Schule für ALLE bis mindestens Klasse 8. Individuelle Förderung statt Auslese!
- Schaffung eines ausgewogenen Netzes von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muß ein Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sein, in dem Kultur, soziale Kompetenz und Demokratie unmittelbar erlebbar sind!
- Dem Reformbedarf entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen!
- Bildung, Unterstützung und Anerkennung für alle am pädagogischen Prozess beteiligten Personen. Reform der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen!
- Gebührenfreie Bildung in Vorschule, Schule, Lehre und Hochschule für ALLE!
- Lebenslanges Lernen sichern: Weiterbildung für ALLE statt Abbau, Privatisierung und Reduzierung auf Beschäftigungsfähigkeit!
- Berufsausbildung und Berufsabschluß für ALLE. Jeder Schulabgängerin, jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Wer nicht ausbildet soll zahlen!
- Anhebung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen auf 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes!

MARGITTA MÄCHTIG

Grundschule Niederfinow:

Es geht um mehr als nur eine Schule

So mancher Schulstandort ist nach 1990 im Barnim schon verschwunden, meist ohne großes Aufsehen. Diesmal ist das anders. Ausgerechnet um die kleinste Schule im Kreis gibt es Aufregung. Der 2003 beschlossene Schulentwicklungsplan weist, von der gesetzlich mindestzulässigen Klassenstärke (15-28) ausgehend, die drei einzügigen Grundschulen Lichterfelde, Marienwerder und Niederfinow als akut oder künftig gefährdet aus. Bei Erhöhung dieses Richtwerts träfe es weitere Schulen. Nimmt man Geburtenknick, Abwanderung und Potsdamer Schulgesetz nebst ministerieller Verordnungen als unabänderlich hin, so kann man nur die Achseln zucken. Nicht so die betroffenen Einwohner von Hohenfinow, Niederfinow, Liepe, ihre Bürgermeister und Amtsverwaltung. Sie führen seit Wochen einen ungleichen Kampf mit Schulamt, Ministerium und Gerichten, einen Kampf von David gegen Goliath. Und warum das alles? Amtsdirektor Schneider von Britz-Chorin hat deutlich gemacht: es geht eben nicht nur um eine Schule. Mit der ländlichen Infrastruktur, deren wichtiger Teil die Schule ist, stirbt das Dorf. Je früher Kinder aus dem gewohnten Milieu herausgerissen werden, desto schwerer werden sie dort Wurzeln schlagen, desto lockerer wird der Zusammenhalt der ländlichen Gemeinschaften.

Der Ausschuß für Kultur und Bildung des Kreistags befaßte sich am 16. Juni auch mit dem Schulproblem Niederfinow. Er ist seiner Verantwortung nicht gerecht geworden. Er hat sich nicht zu einem klaren Wort zugunsten der ländlichen Schulstrukturen durchringen können, ja überhaupt zu keinem klaren Wort, hauptsächlich dank der Taktiererei einiger Parteivertreter, die sich wohl nicht von der Politik ihrer Potsdamer Parteispitzen distanzieren mochten. Deutlich wurde dabei, daß der ländliche Raum im Flächenland Brandenburg keine ausreichende Vertretung hat. Und auch, daß die Bewertungskriterien für Entscheidungen über Schulstrukturen unzulänglich sind. Man kann sie nicht von den soziologischen und ökonomischen Auswirkungen isoliert betrachten, und man kann nicht städtische und ländliche Strukturen über den Leisten gleicher Bewertungskennziffern (z.B. Klassenfrequenzen) schlagen. Ein Umdenken ist erforderlich, sonst werden nach den Landgemeinden auch die Städte die Folgen einer fehlerhaften Politik spüren.

Schließlich wurde deutlich, daß das staatliche Schulamt seine Verantwortung ausschließlich darin sieht, die von der Regierungskoalition gewollten Entscheidungen im Wortsinn ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen, auch wenn Schülerabwanderung in andere Kreise und erhöhte gesellschaftliche Kosten in Kauf genommen werden. Einen besonderen Goût haben aber die Schnüffelmethode dieser Landesbehörde, die man eher bei anderen

Chronik

- 2003: Schulentwicklungsplan Barnim: Schule Niederfinow gefährdet.
 2004: 1. Klasse für Niederfinow unter Vorbehalt genehmigt.
 24.3.2005: 14 Anmeldungen für 1. Klasse Leserbrief (MOZ) »Alles hängt an einem Kind.«
 19.4.2005: Elternpetition gegen Schulschließung an Landtag. 156 Bürger der Gemeinden des Schulbezirks unterstützen die Petition.
 20.4.2005: 42 Eltern und Kinder demonstrieren im Schulamt.
 28.4.2005: Eltern übergeben Protestbrief an Minister Rupperecht.
 1.5.2005: Protestdemonstration mit 450 Teilnehmern am Schiffshebewerk.
 8.5.2005: Protest in Friedrichswalde beim 10. Motorradgottesdienst.
 10.5.2005: Amtsdirektor und drei Bürgermeister bei Landrat Ihrke. Antrag des Amtes als Schulträger beim Verwaltungsgericht auf Aussetzung der Anordnung des Schulamtes. Am 19. 5. lehnt das Gericht den Antrag ab.
 11.5.2005: Amtsdirektor u. drei Bürgermeister im Potsdamer Bildungsministerium.
 18.5.2005: Elternprotest vor dem Landtag.
 25.5.2005: Demonstration vor dem Kreistag Barnim. Kreistag spricht sich für den Schulerhalt aus und beauftragt den Bildungsausschuß, alle Möglichkeiten dazu zu beraten. Beschwerde des Amtes beim OVG Brandenburg.
 2.6.2005: Die PDS-MdL Mächtig und Christoffers legen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Leiterin des Schulamtes ein.
 14.6.2005: Eine Niederfinower Familie klagt gegen Auflösung der künftigen 2. Klasse.
 16.6.2005: Ausschuß Bildung und Kultur des Kreistags berät Schulsituation Niederfinow. Amtsdirektor und Bürgermeister nehmen teil.

Diensten vermutet. Als wider Erwarten ein fünfzehntes Kind nach Niederfinow umgemeldet wurde, setzte man alles daran, daraus eine »Scheinanmeldung« zu konstruieren. Eigentlich dürfte es ja für die Leiterin einer staatlichen Behörde nur zulässige und unzulässige Anmeldungen geben, aber Frau Reuscher hat da ihre privaten Maßstäbe. Als Krone des Ganzen ließ sie die betreffende Familie ausspannen: »Zwar haben [...] die Eltern der Schülerin [...] angekündigt, zum Sommer ihren Hauptwohnsitz nach Niederfinow verlegen zu wollen,« aber man habe »bei einer Ortsbesichtigung festgestellt, daß der angegebene Bauplatz« noch nicht bebauungsfertig und daher die »notwendige Wohnsitzverlegung« nicht rechtzeitig erfolgen wird (aus: Stellungnahme des Schulamtes zur Klage des Amtes Britz-Chorin). Dem Ansehen einer staatlichen Behörde sind solche Praktiken gewiß nicht förderlich. Aber das zeigt, in welche Sackgasse uns die Potsdamer Koalition steuert, die im gleichen Atemzug das Schulnetz ausdünn und die dadurch erhöhten Kosten für Schülertransporte den betroffenen Eltern aufzubürden sucht. Es wird wohl Zeit, nach Alternativen zu suchen, nicht nur in der Schulpolitik.

ROLF RICHTER

Die Franzosen haben abgestimmt

Wir dürfen ja nicht. Die Franzosen haben mit 70 Prozent Beteiligung – die müssen wir in Deutschland erst einmal wieder erreichen – den EU-Regierenden eine schallende Ohrfeige verpaßt, ihren eigenen, unseren und all den anderen, die sich großmülig in ihre Volksabstimmung eingemischt haben.

Was machen die Geohrfeigten? Sie lächeln – reiben sich verstohlen die Wangen – sprechen vom Wetter. Jedenfalls sprechen sie (und ihre Lohnredner in den Medien) von allem möglichen, nur nicht von den Gründen, die zu dieser blamablen Niederlage der liberalen Wirtschaftsextremisten geführt haben.

Heute morgen klang das im Info-Radio Brandenburg (wieso eigentlich Info-Radio?) so: Die meisten Leute haben die Verfassung ja gar nicht verstanden. Man hat sie ihnen nicht richtig erklärt. Außerdem waren die Franzosen einfach sauer auf ihre Regierung, aber dafür kann doch die EU schließlich nichts. Europa – also EU-Europa, also Konzern-Europa – ist so etwas Schönes, diese EU hat ja mit all den Alltagshässlichkeiten überhaupt nichts zu tun. Und erst die Verfassung, zart und rein wie ein Liebesgedicht...

Es kann schon sein, daß die meisten der Abstimmenden diese EU-Bibel nicht gelesen haben. Sie haben sich ja auch vor allem darum zu sorgen, wie sie sich im Europa der Globalisierer über Wasser halten können. Sie erleben jeden Tag, wie man ihnen Bett und Stuhl unter dem Allerwertesten wegzuziehen versucht. Wie man Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasser, Licht und möglichst noch die Luft in diesem EU-Europa zum Geschäft erklärt, das allein Sache der privaten Geschäftemacher und der von diesen bezahlten »Experten« ist, uns einfache Bürger, den »Souverän« (den dummen Michel) aber gar nichts angeht.

Die französischen Wähler haben also, selbst wenn sie sie nicht gelesen haben, sehr gut begriffen, wer diese Verfassung für welche Zwecke so dringend braucht.

Hierzulande kann so ein Unfall wie diese Abstimmung natürlich nicht passieren. Hier wird der Mund gehalten. Disziplin ist alles!

Die Deutschen haben ja auch noch nicht lange eine Verfassung, uns kann man daher erzählen, im Himmel sei Jahrmarkt. 1815, nachdem sich die braven Deutschen so tapfer geschlagen und ihren Fürsten deren Länder und Throne erhalten hatten, hatte man eine Verfassung versprochen. Aber was galt das Wort eines Königs? Es wurde gebrochen, und die Karlsbader Beschlüsse der Heiligen Allianz haben uns dann rasch gelehrt, das Maul zu halten. 1848 wollte sich unser Volk allen Ernstes selbst eine Verfassung geben. Durch das preußische Militär wurde die Lage aber schnell geklärt. 1867 hat man uns dann eine »gewährt« – sie war auch danach. 1949 haben die Westalliierten uns ein Grundgesetz ersatzweise verliehen. Eigentlich war es ja ein Provisorium, dessen letzter Satz besagte: »Dieses Grundgesetz [...] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Selbstbestimmung beschlossen worden ist.« Wann kommt dieser Tag, wann wird Deutschland erwachsen sein?

Manche Leute glauben, stolz darauf sein zu müssen, daß sie Deutsche sind. Manche reden hochtrabend von Verfassungspatriotismus. Wie kann man auf ein Land stolz sein, in dem die kleinen Leute einfach den Mund zu halten haben? Auf ein Land, das alle hundert Jahre einmal von den Nachbarn kräftig vermöbelt werden mußte, damit es den schlimmsten, Jahrhunderte alten Müll los wurde, damit es endlich zivilisierte Umgangsformen annimmt.

Ja – wenn ich Franzose wäre ...!

Merci – la France!

Nach den Franzosen sprachen die Niederländer. Zwei Volksabstimmungen – und dann war alles klar. Plötzlich war die Kluft ungeheuer zwischen den Regierenden und den Regierten in diesem Westeuropa. So ungeheuer groß, daß sich keine der anderen Regierungen mehr traute, das eigene Volk zu fragen. Einen kurzen Moment lang dachten sie, wenn genügend willfährige Parlamente ratifizieren, dann wiege das die Entscheidung zweier Völker auf. Das war ein kurzer Traum. Niemand glaubt im Moment, diese Verfassung für ein europäisches Imperium, für die Heilige Allianz des 21. Jahrhunderts, mit einem Schein von Legalität versehen zu können. Aber tot ist sie erst, wenn das wirkliche Europa an Kraft gewinnt.

ROLF RICHTER

(Redebeitrag auf der Montagsdemo am 30. Mai. den der Autor für die Veröffentlichung in der BBP leicht überarbeitet hat)

Demo-Berichte:

41. Montagsdemo am 30.5.

Wie überall im Land, regnete es am letzten Mai-Montag auch in Eberswalde in Strömen. Doch mit Beginn der Demo konnten die Regenschirme zugeklappt werden. So konnte die geplante Variante eines »Runden Tisches« doch durchgeführt werden. 50 Menschen saßen mitten auf dem Marktplatz in großem Kreis auf Stühlen und Bänken.

Nach der Eröffnung sprach zuerst Rolf Richter zum Ergebnis des Referendums in Frankreich zur EU-Verfassung: »Die Franzosen haben ... den EU-Regierenden eine saftige Ohrfeige verpaßt. Ihren eigenen, unseren und all den anderen, die sich vollmälig in ihre Volksabstimmung eingemischt haben.....Merci – la France!«



Albrecht Triller erläuterte den Demonstranten das Motto des Tages: »Wir eröffnen heute den Bundestagswahlkampf«. Wenn auch ohne eigenen Kandidaten, so wollen sich die Montagsdemonstranten doch inhaltlich einmischen und ihre Forderungen in die Öffentlichkeit und in die Wahlveranstaltungen der Parteien tragen sowie selbst Wahlveranstaltungen organisieren.

Die Forderungen der Eberswalder Montagsdemo wurden anschließend am »Runden Tisch« durch die Demonstranten artikuliert und an eine große Tafel geschrieben. 30 Punkte wurden in einer halben Stunde von fast ebenso vielen Rednern den zwei Gesprächsführern mit Mikrofonen genannt und notiert. Meinungen, große und kleine Forderungen und Wünsche.

Die Demonstranten wurden aufgerufen jeweils zu den nächsten Montagsdemos weitere Forderungen und Meinungen mitzubringen. Die Vorbereitungsgruppe der Eberswalder Montagsdemo wird daraus Wahlkampfpositionen formulieren.

Anschließend stand noch das offene Mikro zur Verfügung: Albrecht Triller berichtete über die Beratung von Organisatoren der Montagsdemos im Land Brandenburg am 29. Mai in Königs Wusterhausen. Danach steht nun der Termin einer »Gemeinsamen Montagsdemo im Land Brandenburg«, unterstützt von den beiden Berliner Montagsdemo und evtl. weiteren Orten außerhalb Brandenburgs fest. Diese Demo findet unter dem Motto »Nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau« am 2. Juli um 10 Uhr in Jüterbog statt.



In der BRD spielen die Inhalte der EU-Verfassung in der öffentlichen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle. In Eberswalde war es dem Bündnis für den Frieden vorbehalten, eine solche Diskussion zu organisieren. Dafür hatte das Bündnis am 15. April 2004, wenige Wochen vor dessen Tod, den früheren DDR-Bürgerrechtler und bündnisgrünen Europaabgeordneten Professor Wolfgang Ullmann eingeladen. Während Professor Ullmann die demokratischen Errungenschaften der EU-Verfassung rühmte, gab es seitens der Zuhörer heftige Kritik an der militaristischen und wirtschaftsliberalen Ausrichtung des geplanten europäischen Grundgesetzes (BBP 5/2004).

42. Montagsdemo am 6.6.

Das Motto der von Ute Frey moderierten 42. Montagsdemo hieß »Vergangenheit und Zukunft«. Ein Stück »Vergangenheit« sollte mit der Anwesenheit von ehemaligen belorussischen Zwangsarbeitern auf der Montagsdemo demonstriert werden. Diese weilten zu einem Besuch in Eberswalde. Leider verhinderten organisatorische Gründe deren rechtzeitiges Erscheinen auf dem Marktplatz.

So beschäftigten sich die Demonstranten vorwiegend mit der »Zukunft«. Unsere Zukunft sind unsere Kinder und mit denen wurde der Kindertag nachgefeiert. So wurde es eine Stunde fröhlichen Spiels der ca. 65 Erwachsenen mit den rund 25 Kindern. Die von Kordula Steinke gesponserte Hüpfburg, ein Glücksrad und diverse andere Spiele sowie kleine Preise erfreuten die Kinder.



Im zweiten Teil der Kundgebung sprach Albrecht Triller zu aktuellen Fragen der Politik: »Der Wahlkampf ist in vollem Gange, obwohl Wahlen noch nicht feststehen. Die CDU hat die Hartz-Gesetze mitgetragen, aber Frau Merkel erklärt jetzt, Ich-AGs und Jobcenter bringen nichts. Deutschland brauche eine Agenda für Arbeit – da guckt der Wahlkampf aus allen Löchern. Klar ist: Schröder und Merkel sind wie zwei Latschen austauschbar. Die Wahlalternative aus PDS und WASG formiert sich. Nur von links kann noch Hilfe kommen. Die Einheit der Linken ist unverzichtbar.«

Rolf Richter sprach über das Referendum zur EU-Verfassung in den Niederlanden. Am offenen Mikro äußerte sich ferner Günter Ilenz.

43. Montagsdemo am 13.6.

Nachdem die Eberswalder Montagsdemo bereits zweimal im Brandenburgischen Viertel durchgeführt wurde, gab es am 13. Juni die Premiere im Stadtteil Finow. Gegenüber den letzten Demos auf dem Marktplatz verdoppelte sich die Teilnehmerzahl. 130 Teilnehmer lauschten auf dem Platz vor dem Finower Einkaufszentrum Kaufland den Liedern des Finower Liedermachers Sven Kovacs und dem Hauptredner Frank Töpfer.

Abschließend marschierten die Montagsdemonstranten durch Finow über die Eberswalder Straße zum Großen Stern und weiter über die Biesenthaler Straße, Kastanienallee, Schulstraße und Fritz-Weineck-Straße zurück zum Ausgangspunkt.

Forderungsprogramm zur Wahl

Der Bundestagswahlkampf läuft schon auf Hochtouren. Zwar steht noch nicht fest, ob Kanzler Schröder seinen neuesten Coup tatsächlich landen kann, aber er hat die Flucht nach vorn angetreten. Die Flucht aus den Wahlniederlagen der letzten Jahre bis hin zum Wahldebakel in NRW. Die Flucht aus Wahlniederlagen wegen der Politik des Sozialabbaus. Aber keine Diskussion über die Änderung des politischen Kurses.

Wir sollen vor die Frage gestellt werden, ob wir Schröders Politik weiter hinnehmen oder eine noch unsozialere Politik von Frau Merkel in Kauf nehmen wollen – die Wahl zwischen Teufel und Belzebug. Wir wollen aber weder Teufel noch Belzebug, wir wollen eine soziale- und gerechtere Politik!

Wenn wir heute den Bundestagswahlkampf eröffnen, dann nicht mit eigenen Kandidaten, denn dafür sind die wahlrechtlichen Hürden viel zu hoch. Wir werden uns aber inhaltlich am Wahlkampf beteiligen. Wir werden im

Bundestagswahlkampf unsere Forderungen an die Kandidaten stellen und sie zwingen, Farbe zu bekennen. Wir werden dazu Wahlveranstaltungen besuchen und selbst solche organisieren, um die Kandidaten mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Ohne unserer Diskussion über Inhalte schon vorgreifen zu wollen, denke ich, wir sind uns einig:

Keine Stimme für Kandidaten, die Hartz IV und Agenda 2010 befürworten!

Wir haben unsere Forderungen als Eberswalder Montagsdemo und es gibt gemeinsame Forderungen der Montagsdemo bundesweit. Darauf wollen wir aufbauen, wenn wir heute basisdemokratisch einen gemeinsamen Standpunkt für unsere Bundestagswahlforderungen aufstellen. Dazu sitzen wir heute symbolisch am Runden Tisch. Die Meinung jedes Einzelnen ist gefragt.

Auf geht's.

ALBRECHT TRILLER, am 30. Mai

Betreff: Lohndumping

Olaf Himmel, Vorsitzender der DGB-Region Uckermark/Barnim, warnt von einem schleichenden Lohndumping durch die neue EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Die EU-Kommission kündigte bereits an, die EU-Dienstleistungsrichtlinie noch einmal überarbeiten zu wollen. Der DGB-Regionvorsitzende Himmel, warnt allerdings davor Änderungen nur bei der Herausnahme einzelner Bereiche wie etwa Gesundheitswesen oder Bausektor zu belassen: »Das würde nicht ausreichen! Wenn es für die anderen Branchen bei dem Herkunftsprinzip bleibt, kommt es zu einem schleichenden Lohndumping, von dem am Ende kein Bereich unberührt bleibt. Kein Mensch kann in Deutschland von polnischen Löhnen leben. Das Beispiel der Fleischarbeiter auf niedersächsischen Schlachthöfen sollte abschreckend genug sein.«

Kernstück der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist das sogenannte Herkunftslandprinzip, wo-

nach Firmen aus Europa nur den gesetzlichen Bestimmungen ihres Heimatlandes unterliegen, wenn sie anderswo Leistungen anbieten. Das bedeutet: Dumpinglohn, extreme Arbeitszeiten, schlechterer Arbeitsschutz, Verdrängung tariflich entlohnter Arbeitsplätze. Zudem ist zu befürchten, daß deutsche Unternehmen in osteuropäischen Ländern Briefkastenfirmen gründen, um deutsche Gesetze zu umgehen.

Himmel: »Wenn wir nicht in Kürze eine Verarmungswelle erleben wollen und Wert auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen legen, kann nur eines gelten: Wenn eine Firma aus dem Ausland Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigen will, muß sie sich an die hier geltenden Tarife und Gesetze halten.« Der DGB-Regionvorsitzende Himmel hofft, daß in der angekündigten Überarbeitung der EU-Dienstleistungsrichtlinie diesen Anforderungen Rechnung getragen wird.

ANDREAS SULT, DGB Uckermark/Barnim

Soziale Mindeststandards sind nötig

Edmund Stoiber hat vollkommen Recht, wir brauchen dringend einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir brauchen aber auch soziale Mindeststandards wie z.B.: pauschale Sozialhilfesätze die für alle die gleiche Höhe haben, die Sozialhilfe soll schließlich am unterem Einkommensende keine Ungleichheiten schaffen. Die Frage ist nur wie hoch sollte man diese Mindeststandards setzen? Bei den Mindestlöhnen ist klar, daß Sie auch für ausländische Arbeiter/innen gelten müssen und wie Ver.di-Chef Frank Bsirske sagte, alles darüber hinaus ist Sache der Tarifparteien. In diesem Zusammenhang müßte man auch die »Ein-Euro-Job's«, die Hinzuverdienstmöglichkeiten und

im Grunde das gesamte Sozialsystem überdenken. Ich fürchte nur das »man« über die Phase des »Andenkens« nicht weit hinaus kommt. Sieht man die unterschiedlichen Mindestlöhne in Europa wird klar wie weit man von einer »Europäischen Union« entfernt ist und warum das Kapital in Deutschland auf gut deutsch gesagt »wilde Sau spielen« kann. Natürlich sind die Mindestlöhne nicht der einzige Grund aber mit ihnen läßt sich gut Stimmung in der Bevölkerung machen, daß ist auch der Grund warum dieser Vorschlag immer von Oppositionellen innerhalb oder außerhalb der Regierung kommt.

ANDY LOSCH

Montagsdemo in Finow:

Stadtteile gleichberechtigt entwickeln

Ob Eberswalder oder Finower – im Kampf gegen den Sozialabbau mit Hartz IV und Agenda 2010 gehören wir alle zusammen. Nur gemeinsam sind wir stark.

Spricht man mit Betroffenen über die Teilnahme an Montagsdemos, heißt es immer: Das hat ja sowieso keinen Zweck. Doch ganz so zwecklos, wie viele glauben, ist unser Widerstand nicht. Was bringt es, den Kopf in den Sand zu stecken? Kann es etwa schaden, zur Demo zu gehen? Wer kämpft, der kann verlieren. Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

Ihr könnt sicher sein: Allein die Tatsache, daß wir hier immer noch stehen, ist den Regierenden mehr als ein Dorn im Auge. Steter Tropfen höhlt den Stein. Je länger wir durchhalten, um so nerviger für die Regierenden. Auch wenn nur wenige zu den Demos kommen, so haben wir doch große Sympathien in der Bevölkerung und sogar in den verschiedensten Dienststellen. Wir vertreten nicht nur die Interessen der Demo-Teilnehmer, sondern die Interessen breiter Bevölkerungsschichten. Die Montagsdemos bestimmen zunehmend das öffentliche Bewußtsein.

Und es gibt ja noch andere Protestformen als die Montagsdemos.. Die Eberswalder Bürger machten ihrem Ärger bei den letzten Kommunalwahlen Luft. Die SPD verlor fast die Hälfte ihrer Sitze in der StVV. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg im vergangenen Herbst gab's den nächsten Dämpfer für Platzeck und die SPD. Die weiteren Landtagswahlen, zuletzt die in NRW, zeigten Kanzler Schröder, daß er auch die Bundestagswahlen verlieren wird, was ihn dazu brachte, jetzt die Vertrauensfrage zu stellen. Die Wahlanalysen zeigen klar, daß die SPD die Wahlen wegen ihrer unsozialen Politik verloren hat. Da half ihr auch nicht, daß sie zu einigen kosmetischen Korrekturen durchrang: im Januar die Beibehaltung der ALG-Zahlung zum Monatsanfang, die Anhebung der Freigrenzen für Vermögensanrechnungen, die Einsetzung eines Ombudsrates zum Luft ablassen, die Anhebung der Zuverdienstmöglichkeiten. Aber zu einer Angleichung Ost-West bzw. der Erhöhung der Regelsätze konnten sie sich noch nicht durchringen.

Wenn es tatsächlich zu vorgezogenen Bundestagswahlen kommt, dann kann Schröders SPD gewiß sein, daß wir ihr nicht die Stimme geben werden. Aber auch Frau Merkels CDU wird bei uns keine Chance haben.

Die Politiker hier vor Ort sind auch nicht besser als im Bund. Selbst bei einer so einfachen und leicht erfüllbaren Forderung, wie die nach Betroffenenbeiräten, ließ man uns abblitzen. Je zwei Betroffene in untergeordneten Gremien bot man uns an. Das soll das Alibi sein, mit dem wir uns aber nicht zufrieden geben. Im Wahlkampf werden wir die Forderung nach Beiräten erneut stellen. Wir wollen ge-

nauso behandelt werden, wie Senioren oder Ausländer, für die es ja auch Beiräte gibt. Wir wollen nicht »an der Umsetzung von Hartz IV« beteiligt werden, sondern Einfluß darauf nehmen, wie in der Stadt und im Landkreis mit vom Sozialabbau Betroffenen umgegangen wird und wie man deren Lebensbedingungen verbessern kann.

Laßt mich auch ein paar Worte zu Finow sagen. Wir sind eine Stadt und das soll auch so bleiben. Aber in dieser Stadt sollen alle Stadtteile gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Das haben sie aber nicht! Alles Geld der Stadt fließt ins Stadtzentrum und in verlustbringende Vorzeigobjekte. Für mehr ist kein Geld da. Da ist die Rede von Zeiten knapper Kassen? Aber warum sind die Kassen leer und wo bleibt das Geld der Steuerzahler? Warum verkauft die Stadt ihr Tafelsilber, statt an den richtigen Stellen zu sparen?

Das Rathaus Eberswalde feierte jetzt seinen



hundertsten Geburtstag. In der MOZ gab es dazu schöne Fotos: Einen Tresorraum und eine Arrestzelle. War doch gut eingerichtet! Oder?

Heute ist der Tresorraum leer und die Arrestzelle ist auch leer. Da stimmt doch etwas nicht! Wenn der Tresorraum leer ist, müßte doch die Arrestzelle voll sein! Es bietet sich ja richtig an, die Verantwortlichen für den leeren Tresorraum in die Arrestzelle zu sperren. Mit solcher Perspektive kümmern sich die Verantwortlichen vielleicht wieder um volle Kassen, statt eine Selbstbedienung zu praktizieren und locker fremder Leute Geld auszugeben!

Auf Finower Gelände wird an der Kreuzung Spechthausener Straße nun noch ein Lebensmittelmärkte entstehen. Da frag' ich mich: Leute, seid ihr bisher nicht sattgeworden? Ist der Supermarkt, vor dem wir hier stehen, nicht groß genug? Folge dieses Neubaus wird sein, daß Kaufkraft aus Finow dorthin abfließt, wo

durch Finow noch mehr verödet. Im Brandenburgischen Viertel sind schon zwei Märkte geschlossen, einer davon abgerissen worden. So kann man die Stadtteile nicht entwickeln.

Wenn wir uns fragen, wo das Geld des Staates bleibt, dann liefern uns das ehemalige Arbeitsamt und das Finanzamt Beispiele. Da wird an anderer Stelle neugebaut und dann läßt man die leergezogenen Gebäude verfallen. So wirtschaftet nur, wer das Geld der anderen ausgibt.

Nächsten Donnerstag wird die StVV den überarbeiteten Haushalt 2005 beschließen. Alles läuft weiter – wie gehabt. Das fehlende Geld kommt aus dem Verkauf des Tafelsilbers und dann geht es wieder ein paar Jahre weiter. Vielleicht langt es noch bis zur Pension des Bürgermeisters (wenn man ihn noch läßt), aber in Finow passiert nichts.

Nein, hoppla, stimmt ja nicht. In Finow soll ja die Telekomstraße gebaut werden. 6,5 m breit, für große LKW, parallel zur Autobahn und mitten durch Finow. Dafür ist dann plötzlich wieder Geld da.

Ein Totschlagargument ist dann immer, daß würde Arbeit schaffen. Aber das vorhandene Geld kann nur einmal ausgegeben werden und wenn es für Schulen und Kitas ausgegeben wird, schafft das auch Arbeit.

Wie Ihr seht, gehört heute zu unseren Demo-Elementen auch der Finower Wasserturm. Auch der müßte dringend saniert werden. Aber auch dafür ist kein Geld da. Der Stadt genügt es vielleicht, wenn der Wasserturm noch das Transparent für die 750-Jahrfeier tragen kann. Wir machen der Stadt neue Vorschläge für Transparente am Wasserturm:

Variante 1: »Besuchen Sie uns – Agentur für Armut«. Damit würde auf den sinnlosen Erweiterungsbau des

Arbeitsamtes hingewiesen, der unnötig Steuer-gelder kostet. Die dafür Verantwortlichen auch die die Arrestzelle.

Variante 2: »Weg mit Hartz IV und Agenda 2010 – Schluß mit dem Sozialabbau«. Das wäre mal ein Bekenntnis für die Betroffenen.

Variante 3: »Besser kämpfen als sich aufhängen«. Dieser Appell an die Verzweifelten ist durchaus am Platze.

Variante 4: »...nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau« mit dem Aufruf zur Teilnahme an der gemeinsamen Montagsdemo in Jüterbog. Dann wüßten alle Verzweifelten und Betroffenen, was zu tun ist und wir sparten Plakatierungskosten.

Zum Nachlesen sind die 4 Varianten schon mal am Modell des Wasserturms angebracht. Wir stellen die Entwürfe gern dem Bürgermeister zur Verfügung.

FRANK TÖPFER, am 13. Juni in Finow

„Runder Tisch“ zur Diskussion eines Forderungsprogramms von Eberswalder Montagsdemo zur Bundestagswahl 2005:

Sammlung der Äußerungen auf der Montagsdemo am 30. Mai (in der Reihenfolge der Meinungsäußerungen)

- * Frau Merkel möge nie Bundeskanzlerin werden.
- * Keine Mehrwertsteuererhöhungen
- * Gesundheitsreform zurücknehmen
- * Keine Kopfpauschale
- * Pendlerpauschale muß bleiben.
- * Meine Kinder sollen Arbeit haben.
- * Kinderentwicklung sichern (Kita + Schule). Geld von der Rüstung nehmen
- * Armut soll abgeschafft werden. Umverteilung.
- * Kein Eurofighter. Rüstung reduzieren.
- * Diätenempfänger sollen einige Jahre wie Betroffene leben.
- * Klassefahrten für alle.
- * Feste Arbeitsstellen statt 1-Euro-Jobs.
- * DB-Chef Ackermann in die Schweiz abschieben.
- * Heuschrecken auf die Insel Elba.
- * Renten und Pensionen gleichstellen.
- * Gleiche Gehälter in Ost und West
- * Gleiche Regelsätze in Ost und West
- * Erhöhung der Regelsätze auf 634 Euro
- * Soziale Grundsicherung, für Menschen die nicht arbeiten können.
- * Leute sollten alle zur Wahl gehen.
- * Gesetze verfassungskonform machen.
- * Gerechtigkeit herstellen.
- * Arbeitsplätze für alle sind möglich.
- * CDU wird Zuverdienstmöglichkeiten nicht verbessern.
- * Für alle Schüler eine Arbeitsstelle.
- * Menschenwürde ist unantastbar, daran sollen sich Politiker halten.
- * Sozialstaat soll erhalten werden.
- * Es gibt keinen Sozialstaat mehr. Diktatur droht.
- * Schule für Politiker mit Prüfung. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.
- * Wir brauchen andere Kandidaten, nicht wieder dieselben.
- * Parteien sollen ihrem Namen Rechnung tragen.
- * Parteien sollen Wahlversprechen einhalten.
- * Kein Politiker-Deutsch, für Bürger verständliche Politik.
- * Volksabstimmungen für wichtige Fragen.
- * Gegen freie Marktwirtschaft (Profitwirtschaft)
- * Herabsetzung der Arbeitszeit zwecks Umverteilung der Arbeit.
- * Keine Neonazis in den Bundestag.
- * Steuergesetz vereinfachen.
- * Rücknahme der Praxisgebühr und der Medikamentenzuzahlung.
- * Mindeststundenlohn 10 Euro
- * Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- * Kapitalabfluß stoppen.

Offener Brief an die Gewerkschaften (Teil 2):

Kleinunternehmer ebenso betroffen

Es fehlen den kleinen Firmen – abgesehen vielleicht vom Bauwesen – nicht so sehr die Aufträge. Arbeit gibt es nach wie vor genug. Aber es fehlt entweder die Bereitschaft für mehr als kostendeckende Preise (was sicher noch durch Billiglohn und ähnliche Dumpingversuche unter Konkurrenten zunimmt, während Monopolpreise in den Himmel schießen) oder es fehlt die Zahlungsfähigkeit der Kunden und deren Kreditwürdigkeit bei Banken. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein Mentalitätsproblem, wie einige abgehobene und überbezahlte Politclowns von sich geben. Zuerst holt sich das Kapital seine fette Beute in Form von Miete, Zinsen, Monopolpreisen – dann erst darf die Schar der Produzenten sich um die Krümel der den Konsumenten verbliebenen Einkommen schlagen. Je kleiner diese Krümel sind (und 1-Euro-Jobs geben klar die Richtung der Lohnentwicklung vor), desto härter wird die Auslese unter den Produzenten werden. Die Suche nach Billigpreisen wird in einer gnadenlosen Kette weitergegeben.

Hauptproblem für Produzenten sind nicht die Löhne, sondern die auch Firmen treffenden, von Monopolen bestimmten Kosten für Strom, Gas, Wasser, Recht, Versicherung, Berufsgenossenschaft, Mobilität. Und auf der anderen Seite nehmen eben genau diese Kosten den Konsumenten die Möglichkeit, noch faire Preise für Produkte zu zahlen.

Leider ist – so ungerecht ich dieses als Unternehmer empfinde – der Lohn beinahe der einzige von mir selbst steuerbare Kostenblock, während alle anderen Blöcke sofort und ohne Rabattverhandlungschance zu entrichten sind. Anderenfalls steigern sich Nebenkosten Geldverkehr (Inkasso, Gericht, Pfändung, Vollstreckung) in Windeseile bis zum Firmentod. Und dann sinkt der Kostenblock Lohn schlagartig auf Null, was sicher nicht Ziel gewerkschaftlicher Anstrengungen ist.

Und da die meisten Beschäftigten eben nicht in der Großindustrie, sondern in kleineren bis ganz kleinen Firmen arbeiten, ist es enorm wichtig, daß gerade die Inhaber der kleinen Firmen noch ein ausreichendes Interesse an der Weiterführung ihrer angeschlagenen Betriebsschiffe durch die Stürme dieser beginnenden Krise behalten. Dagegen könnte die Tatsache, ob die Aktien der Konzerne noch Dividenden abwerfen, beinahe vernachlässigt werden bei der Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Die meisten DAX-Aktien hatten nämlich seit Jahrzehnten dank der Plünderungsmentalität der Manager keine oder lächerliche Dividenden sowie heftige Kurseinbrüche. Dafür wetteiferten eben diese Konzerne miteinander um Entlassungswellen, Lohnkürzungen, Haustarife usw., um das nötige Spielgeld für Firmensitzverlagerungen, Fusionen und Filetierungen sowie beachtliche Abfindungen für ausscheidende Manager zu erwirtschaften.

Die Produzenten – Mitarbeiter wie Inhaber – sitzen in einem Boot. Auf solche Boote schießen die Piraten, die den freien Markt in Ketten legten, nun aus allen Rohren. Jeder Volltreffer vernichtet nicht nur Löhne, sondern auch selbständige Einkommen. Die Beerdiigungskosten (Sozialhilfe) brummt Vater Staat den sich noch über Wasser haltenden anderen Booten als Ballast auf. So werden die Piraten immer frecher und die Boote immer unbeweglicher. Das Ende kann sich jeder vorstellen.

Löhne sind nur ein kleiner Teil des zur Verteilung benötigten Betriebsüberschusses, aus dem die Lebenskosten von Chef und Mitarbeitern beglichen werden sollen. Ob – gemessen an seiner Leistung – ein Chef wirklich das Mehrfache seiner durchschnittlichen Mitarbeitergehälter einstreichen darf, bezweifle ich ja auch. Aber in immer mehr Firmen steht eher die Frage, ob sich eine eventuelle »Lohn«-Entnahme durch den Chef entweder schon vor oder erst nach der Lohnauszahlung an die Belegschaft erledigt hat. Es ist also völlig sinnlos, allein den Lohnbrocken als heilig hinzustellen, aber den großen Zusammenhang nicht sehen zu wollen. Wir brauchen eine gerechte Wirtschaft, die nicht schamlos Geld von unten nach oben umverteilt und so dem Markt als Tauschmittel entzieht. Was heute hier abläuft, erinnert immer mehr an eine DDR-Planwirtschaft, nur das sich diesmal der aus Ungerechtigkeit resultierende Mangel nicht im verfügbaren Gut an sich, sondern am Tauschmittel festmacht. Ich bin bereit, mit dem DGB über alternative Tauschmittel zu diskutieren, um in Selbsthilfe die großen Geldhaie auszubooten und die Wirtschaft aus dem Würgegriff der Zinsknechtschaft zu befreien. Der Begriff der Zinsknechtschaft ist viel zu treffend, um ihn der NSdAP zu überlassen, zumal die Faschisten nirgendwo ernsthaft ihre Forderung Nr. 1 umgesetzt haben, sondern im Gegenteil einen schlimmen Krieg auf Pump finanzierten.

Gemeinsam kriegen wir die Kuh vom Eis, auch wenn die Volksparteien wie die Banken und Konzerne noch hunderte weitere hartzige Pflöcke immer näher in Richtung Gletscherkante setzen. Stellt sich die Gewerkschaft stur, gibt es bald überhaupt keine beitragszahlenden Mitglieder mehr, deren Interessen es zu vertreten gilt. Dann schlägt sich eben jeder mühsam selbst durch – der eine ehrlich über Schwarzarbeit, der andere auf die leichtere Art über Bandenriminalität. Wobei letztere Variante sogar die risikoärmere ist, denn in aktuellen Warlord-Ökonomien haben selbst minderjährige Kämpfer ohne jede Schulbildung eine 95%ige Überlebenschance, während die Chance der Zivilbevölkerung deutlich unter 50% liegt. Wer diese Gefahr nicht begreifen will, ist ein zukünftiger Massenmörder und bereits heute schuldig der Beihilfe zum zukünftigen Massenmord.

PETER SPANGENBERG

»Telekomstraße«:

Eine wohl notwendige Antwort

Möglicherweise wollen Herr Schmiederer und Herr Gilles nicht wahrnehmen (BBP 6/2005), daß das Bemühen um die Wiederherstellung der Verbindungsstraße zwischen Biesenthal und Finow von einem breiten parteiübergreifenden und auch parteiunabhängigen Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird und keine Lobbyarbeit von Frau Mächtig ist. Die Art und Weise der Auseinandersetzung der beiden ist mir fremd und nur der Richtigkeit halber sei hier nochmals festgehalten:

1. In allen Diskussionen zur Wiederherstellung der Telekomstraße, bei denen ich mich einbrachte, ging es den Akteuren nicht ein einziges mal um die Schaffung einer Parallelpiste zur Autobahn, weder um eine Verbreiterung des liegenden Straßenkörpers noch um einen grundhaften Ausbau für Schwerlastverkehre. Ich erlebe allerdings von Anbeginn die Unterstellung durch Gegner der Telekomstraße mit eben diesen Argumenten.

2. Die Telekomstraße allein zu betrachten ist für regionale Entwicklung zu eng. Sie bindet sich in eine großflächige Verkehrslösung im Oberbarnim ein, die der Kreistag Barnim auf Vorschlag des Wirtschaftsdezernenten Herrn Bockhardt (CDU) – über alle Parteigrenzen hinweg - beschlossen hat.

3. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich bin für den Ausbau des liegenden Straßenkörpers in einer Breite von 4,50 m, was einen entla-



Die »Telekomstraße« spielte auch zur 43. Montagsdemo in Finow eine Rolle. Auf dem Foto der Demonstrationsszug durch die Biesenthaler Straße (s. Seite 9).

stenden Verkehr auf der B 2 zwischen Biesenthal und Eberswalde und insbesondere durch Teile des Stadtzentrums von Eberswalde zur Folge hat.

Meine Positionen zur Telekomstraße vertrete ich seit mehr als zwei Jahren in allen Gesprächskreisen, in denen es um Infrastruktur und Regionalentwicklung geht. Im übrigen ging und geht es dabei auch um eine Abwägung von ökologischen und ökonomischen Interessen, die es immer wieder zu berücksichtigen gilt. Da dieser Gesprächsprozess noch nicht abgeschlossen ist, bin ich sicher, wer eine sachorientierte Auseinandersetzung will, wird sich konstruktiv an diesen Gesprächen beteiligen. Beleidigungen und Unterstellungen sind nicht mein Ding.

MARGITTA MÄCHTIG

Telekomstraße steht ganz hinten

In der Rangfolge der dringend notwendigen Investitionen im Verkehrsbereich in Eberswalde steht die Telekomstraße ganz weit hinten. Solange die drängendsten Verkehrsprobleme in der Innenstadt nicht gelöst sind, darf angesichts der Haushaltslage kein Geld in Luxusprojekte investiert werden. Auch dann nicht, wenn sie des Bürgermeisters liebstes Kind sind. In der Breiten Straße vor dem Rathaus verkehren bis zu 20.000 Fahrzeuge täglich. Das verhindert aufgrund der Lärm- und Abgasbelastung sowie der Zerschneidungswirkung die geplante Entwicklung des Stadtzentrums und die Gestaltung des Marktplatzes zu einem angenehmen Aufenthaltsraum. Auf der Bun-

desstraße 2 zwischen Biesenthal und Eberswalde fahren täglich knapp 5.000 Fahrzeuge. Für die Telekomstraße werden maximal 3.000 pro Tag prognostiziert. Das ist weniger, als auf vielen Nebenstraßen in Eberswalde rollt. Für einen so geringen Bedarf eine Straße auf 10 km Länge mit hohen Kosten und großen Umweltrisiken auszubauen, ist unverantwortlich. Absolute Priorität für Eberswalde müssen die Investitionen zur schnellen Umsetzung des Innenstadtverkehrskonzeptes haben. Und auch viele Nebenstraßen, wie z.B. die Ossietzkystraße, haben Vorrang vor der Telekomstraße.

ANDREAS FENNERT,

Stellv. Fraktionsvorsitzender Grüne/BKB

Fairneß auch gegenüber dem ZWA

»Die Berichterstattung«, heißt es in den Publizistischen Grundsätzen der BBP, »erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein«. Diesem Grundsatz sollen auch die Leserbeiträge entsprechen. Die Redaktion hat keine Kindermädchenfunktion, sollte aber dennoch auf ein gewisses Maß an Fairneß achten. Im Beitrag »Sparen zu Lasten der Bürger« (BBP 6/2005) ist diese Fair-

neß-Grenze überschritten worden. Die Geschäftspolitik des ZWA Eberswalde mag für manchen seiner Kunden hinreichende Gründe für individuellen Frust liefern. Doch bei der Behauptung, der ZWA sei kriminell, blieb die Sachlichkeit auf der Strecke. Bei aller gebotenen Kritik ist dem ZWA genausoviel Fairneß entgegenzubringen wie allen anderen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

G.M.

Rußpartikel in Eberswalde (2)

Eberswalde (bbp). Nach gegenwärtiger fachlicher Einschätzung durch das Landesumweltamt besteht für die drei kommunalen Straßenabschnitte in der Breiten Straße, der Eisenbahnstraße und der Eberswalderstraße in Finow die Gefahr der Überschreitung der zulässigen Grenzwerte für PM₁₀ (BBP 6/2005).

In der Antwort der Stadtverwaltung heißt es weiter: Der kritische Grenzwert ist der einzuhaltende Tagesmittelwert von 50 µg/m³, der nur 35mal im Kalenderjahr überschritten werden darf. Bisher ist diese Anzahl in Eberswalde nicht erreicht worden. Ein Klagerecht der Anwohner ergibt sich erst mit der Überschreitung der Anzahl der zulässigen Überschreitungen des Tagesmittelwertes.

Die Höhe der PM₁₀-Belastung wird in starkem Maße von den meteorologischen Bedingungen geprägt und beeinflusst. Entscheidend dabei ist, wie schnell sich in die Atmosphäre eingebrachte Schadstoffe in ihr ausbreiten und verdünnen können. In Verbindung mit über mehrere Tage andauernden Wetterlagen mit stark reduzierten Austausch zwischen einzelnen Schichten der Atmosphäre kann bei Häufigkeit solcher Wetterlagen der kritische Grenzwert in einem Kalenderjahr vermutlich auch in Eberswalde überschritten werden, solange es zu keinen verkehrlichen Entlastungen der betroffenen Straßenabschnitte kommt. Eberswalde hat die Möglichkeit, durch offensives Herangehen an diese Problematik und präventives Handeln, Klagen vorzubeugen.

Auf Einladung der Stadt fand am 7. April mit dem Landesumweltamt (LUA) ein Informations- und Beratungsgespräch im Baudezernat statt. Das LUA sieht Eberswalde als Stadt mit prioritärem Handlungsbedarf für die Aufstellung eines Aktionsplanes an. Hauptverursacherquelle der hohen Feinstaubbelastungen in Eberswalde, so das LUA, ist der Verkehr. Ein erster Schritt wird daher in der Erfassung der aktuellen Verkehrsdaten im Gesamtverkehrsnetz der Stadt und einer städtischen Verkehrsnetzberechnung liegen. Daraus können die Werte der Staubbelastung und Verlärmung abgeleitet und Maßnahmen zur Minderung erarbeitet werden. Maßnahmen können sein: Verbesserung Straßenbelag, Verkehrsverlagerung, Anreize ÖPNV-Umstieg, Verkehrsleitsysteme, Vermeidung von Rückstaus, Beschränkung der Geschwindigkeit, etc. Es gilt also mit Aufstellung des Aktionsplanes ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket herzuleiten und seine Wirksamkeit nachzuweisen unter Mitwirkung des LUA, der Straßenverkehrsbehörde und weiterer beteiligter Behörden. Mit den Grundlagenermittlungen soll noch im 2. Halbjahr 2005 begonnen werden. Mit dem Bau der B 167n im 1. PA von der Autobahn bis zur B 2 sind Verbesserungen in der Eberswalder Straße und der Eisenbahnstraße erwarten. Für die Breite Straße sind mit Realisierung des Eichwerder Rings erhebliche Entlastungen von Schmutz, Lärm und Erschütterungen zu erwarten.

»...wie uns der Kapitalismus weh tut«

Ein Interview mit jungen Sozialisten

Am Anfang des Jahres gründete sich in Eberswalde eine Gruppe von [´solid] – die sozialistische Jugend. Grund genug um drei junge Mitglieder der Gruppe zu Wort kommen zu lassen. Mit Tom (15), Dustin (15) und Basti (15), Schüler am Gymnasium Finow und aktiv bei [´solid], sprach für die »Barnimer Bürgerpost« Christian Rehmer.

Wie kommen junge Leute wie Ihr auf den Gedanken, sich politisch zu engagieren?

Basti: Ich habe mich seit meinem zwölften Lebensjahr für Politik interessiert, seit der Bundestagswahl 2002, da fing es richtig an. Da habe ich die PDS kennengelernt und mein Schülerpraktikum bei der PDS in Bernau gemacht. Dort fand ich dann zufällig einen Flyer von [´solid] und dachte mir: Die sind was für mich! Dann habe ich meine Freunde angesprochen...

Dustin: Also bei mir war es so, daß ich mich zwar auch schon immer für Politik interessiert habe, aber ich hatte nie den Elan, mich da richtig reinzuhängen... Sebastian hat mir da so ein bißchen den Anstoß gegeben.

Tom: Also ich hatte nicht so wie Sebastian das Interesse an der Politik, sondern eher am Kampf gegen Rechtsextremismus, dafür wollte ich mich einsetzen. Aber die Mittel und die Ideen dazu fehlten mir. Als dann Sebastian im Januar [´solid] – Eberswalde gegründet hat, gab es die Möglichkeit sich aktiv zu beteiligen.

Was macht denn ein sozialistischer Jugendverband? Ist das ein Haufen von Jungrevolutionären, die sich gegenseitig das Kapital vorlesen und »Mollis« basteln?

Basti: [lacht] Also das Kapital vorlesen oder das Kommunistische Manifest, davon bin ich überhaupt kein Freund und das machen wir auch nicht, auch wenn es manchmal interessant wäre. Wir erklären uns das gegenseitig. Wir diskutieren über die Sachen aus unserem persönlichen Leben, unsere Erfahrungen, dort wo und wie uns der Kapitalismus weh tut und wie wir das verändern können. Wir arbeiten halt vor Ort, hier in Eberswalde. Wir wollen die Leute überzeugen und auch ein bißchen wachrütteln. [...] Unser oberstes Ziel ist es, die Leute vom demokratischen Sozialismus zu überzeugen.

Was sind denn Eure politischen Ziele? Mit welchen Themen wollt Ihr Euch beschäftigen?

Tom: Zum einen dem Kampf gegen Rechtsextremismus, aber auch mit der Globalisierung. Das kann so nicht laufen! Dann auch noch die soziale Ungerechtigkeit: Daß die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer! Daß die Reichen nichts abgeben und so die soziale Ungerechtigkeit immer größer wird und daß sich sehr wenig für die Armen eingesetzt wird und die damit dann halt ins Hintertreffen geraten, das stinkt uns halt an und dagegen kämpfen wir! Also die Probleme der armen Leute, denen die Fratze des Kapitalismus ins Gesicht lacht. Die wollen wir mit unseren Aktionen unterstützen.

Basti: Also eigentlich kümmern wir uns um das alltägliche Leben. Das fängt bei uns in der

Schule an, daß wir uns um die Schulbildung kümmern. Daß wir sagen: So wie es jetzt ist, ist es einfach Scheiße! So kann das nicht weiter gehen. Das fängt bei der Bildung an und endet dann dabei, daß man sagt: Der Kapitalismus muß überwunden werden. Und so setzen wir uns mit jedem Thema auseinander. Das geht dann weiter über Globalisierung und endet bei der Freigabe von Hanf usw.

[´solid] beschreibt sich selbst als einen linken Verband. Was bedeutet es für Euch »links« zu sein?

Tom: Links zu sein heißt für mich erstmal genau das Gegenteil von rechts zu sein, also nicht alles mit Gewalt umändern zu wollen. Also nicht nur die deutschen, sondern die welt-

bedeutet gegen Rechts zu sein auch gegen den Kapitalismus zu sein. Das gehört zusammen!

Am Anfang des Jahres gab es die Aktion »Aufmucken gegen Rechts«. Da habt Ihr mehrere CDs an Eberswalder Schulen verteilt. Was für Erfahrungen habt Ihr dabei machen können?

Dustin: Also viele Leute waren sehr interessiert an den CDs. Die haben auch das Infomaterial nicht weggeworfen, sondern es durchgelesen. An der Realschule wurde aber auch von Lehrern den Schülern geraten, die CDs lieber nicht zu nehmen. Die wußten nicht was drauf ist. Aber die Schüler haben die CDs doch genommen und haben sie sich trotzdem abgehört.

Basti: Also ich habe aber auch von einer Freundin gehört, daß einige die CDs weggeschmissen haben. Sie haben zwar die CD genommen, aber hier in Eberswalde ist »Rechts sein« eben in Mode. Im Freundeskreis ist das dann ein großes Problem und dann schmeißen sie natürlich die CD weg. Die hören sich das zwar mal an, aber richtig weiter denken tun sie dann doch nicht... Aber andere haben sich auch sehr interessiert das Infomaterial durchgelesen, das fand ich sehr gut.

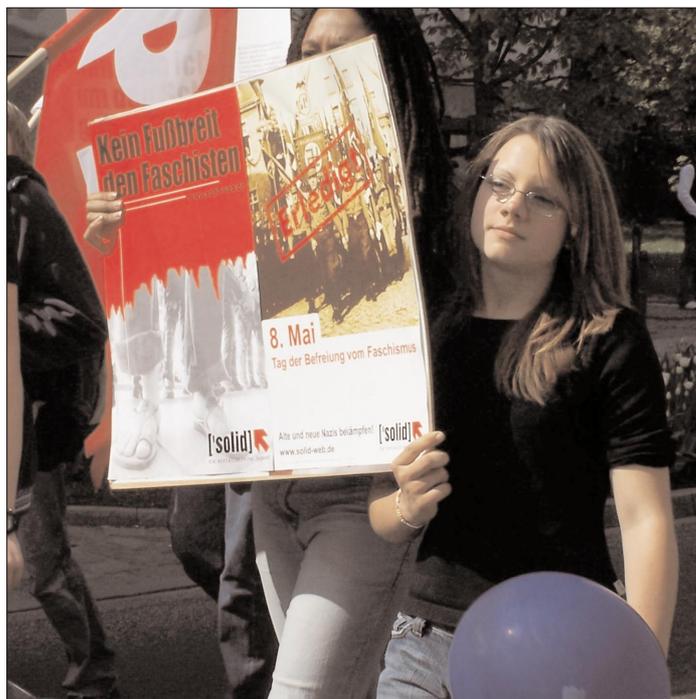
Habt Ihr Kontakt zu anderen Jugendgruppen, wie z.B. den Jusos, bzw. wollt Ihr Kontakt zu anderen Jugendgruppen aufbauen?

Tom: Also letztens haben wir beschlossen, daß wir auf Kreisebene bzw. lokal mit den Jusos zusammen arbeiten wollen. Also bei Aktionen oder so, aber kein politisches Bündnis.

Basti: Also im Barnim gibt's ja eigentlich nur die Jusos und nicht mal die sind richtig aktiv. Mit denen versuchen wir halt zumindest bei Aktionen zusammen zu arbeiten. Wir versuchen nun in nächster Zeit einen Kontakt aufzubauen. Wir sind bereit, jetzt liegt es halt an denen.

Eberswalde hatte lange den Ruf ein »rechtes Problem« zu haben. Hat sich das Eurer Meinung nach geändert?

Tom: Naja, nicht wirklich. Eigentlich ist es schon ein bißchen entspannter, trotzdem gibt es noch viele, die diese rechte Meinung mit vertreten.



weiten Probleme zu sehen. Dann halt natürlich den Ausländerhaß, daß sowas nicht sein kann! Im Ausland wären wir Deutsche doch auch Ausländer und dort wollen wir doch auch gut behandelt werden. [...] Als Linke wollen wir den neuen Trend unterbinden, daß es wieder viele neue Nazis gibt.

Bedeutet »links« sein für Euch also nur, nicht »rechts« zu sein?

Basti: Also links sein geht für mich viel weiter. Da geht es um jedes Thema und nicht nur dagegen zu sein, sondern auch Vorschläge zu haben, wie man's ändern kann. [...] Wir sind schon gegen einige Sachen, aber wir können auch Änderungsvorschläge anbieten. Am Ende einen demokratischen Sozialismus aufzubauen ist unser Ziel und auch unsere Vision. Für uns

Basti: Meiner Meinung nach ist das viel stärker geworden! Früher waren die Nazis jedoch in Eberswalde aktiv und sind viel aggressiver aufgetreten. Der Märkische Heimatschutz hat sich zwar hier gegründet, ist aber nicht mehr in Eberswalde aktiv. Eher in Potsdam usw. [...] Wenn ich morgens mit dem Zug zur Schule fahre sehe ich mindestens fünf Nazis, jeden Morgen! Das ist viel stärker geworden, durch die ganzen Dörfer und die Arbeitslosigkeit. Die sind halt perspektivlos, die Leute. Das ist zwar kein Grund rechts zu sein, aber ein Umstand, der das verstärken kann. Also, ich finde, es ist viel stärker geworden, aber die öffentliche Gewalt ist zurückgegangen aber die kranken Ideen haben die immer noch. Es sind mehr Leute geworden, aber sie sind nicht mehr organisiert, das ist unser Glück! Und deswegen versuchen wir was zu tun!

Was wünscht Ihr Euch für Eure Zukunft?

Tom: Ich wünsche mir für meine Zukunft mit [solid], daß wir weiter so aktiv die genannten Themen bearbeiten werden. Daß unsere Ortsgruppe weiter voran kommt und auch landesweit eine große, wichtige Stütze wird. Daß wir bekannter werden und auch mehr Unterstützung finden.

Dustin: Also, ich würde mir wünschen, daß innerhalb von [solid] erstmal alle richtig mitmachen würden, das ist ja leider nicht so.

Basti: Ich wünsche mir, daß wir mehr werden, als wir momentan sind. Wir sind jetzt schon viele, so 15. Wir sind wahrscheinlich die jüngste Ortsgruppe überhaupt, bisher hat es noch keine gegeben, die von Vierzehnjährigen gegründet wurde. Das ist gut voran gegangen, wobei wir ja auch mit der PDS-Jugend sehr gut zusammen arbeiten, die habe ich ja ganz vergessen. Dabei ist sie für uns ein sehr wichtiger Partner... Auf das Erreichte bin ich schon sehr stolz, daß wir das alle so schnell geschafft haben. Es entwickelt sich immer weiter. Woche für Woche. Wir werden halt immer mehr und ich merke auch, daß sich viele mehr Gedanken drum machen. Durch unseren Elan, den wir haben, versuchen wir halt auch andere zu überzeugen.

Und dann wünsche ich mir auch noch mehr richtige Unterstützung von der PDS. Wir haben zwar zusammen gearbeitet, aber eine richtig aktive Unterstützung fehlt mir noch etwas von der PDS. Aber ich möchte hier auch sagen, daß uns sehr viele freundlich und aktiv unterstützen, von der PDS... Wir sagen immer: Das ist unsere Partei und wir sind stolz auf sie. Dann kann man doch auch sagen: Das ist unser Jugendverband! Das ist doch auch gut für die Partei, daß wir der Jugendverband bei der PDS sind. Das wünschen wir uns, daß wir vielleicht noch mehr mit der PDS aktiv zusammen arbeiten können und eingebunden werden in manche Dinge die uns auch etwas angehen.

Dann wünsche Ich Euch alles Gute für die Zukunft und danke für dieses Gespräch!

Kontakt: solid-eberswalde@web.de

»Ziviler Ungehorsam«

[solid] - junge Sozialisten in der Wahlkampf vorbereitung

Etwa 50 junge Sozialistinnen und Sozialisten trafen sich kürzlich in der Anne-Frank-Gesamtschule in Strausberg. Gäste der Zusammenkunft waren unter anderem Diana Golze, stellvertretende Landesvorsitzende der PDS, Marko Heinig ([solid]-Bundessprecher) und der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens (PDS).

Ein wichtiges Thema der Tagung war der bevorstehende Bundestagswahlkampf. Die Jugendlichen konnten sich dazu auf ein kurzfristig vorgelegtes Strategiepapier des Landesvorstandes verständigen. Die Mehrheit der Anwesenden teilte die Ansicht des Landesvorstandes, daß es im bevorstehenden Lagerwahlkampf darum gehen müsse, alle sozialistischen Kräfte zu bündeln, »um gemeinsam als wahrnehmbare Opposition zum neoliberalen Mainstream in den Deutschen Bundestag einzuziehen«, hieß es in einer Pressemitteilung über die

Tagung. Um dieses »hochgesteckte Ziel erreichen zu können, wollen die Jugendlichen im Wahlkampf vor allem durch kreative Aktionen und zivilen Ungehorsam die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich ziehen«.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die märkische Bildungspolitik. Die Versammlungsteilnehmern bemängelten, daß das derzeitige Bildungssystem zu undurchlässig, zu selektiv und zu unbeweglich sei. Das Vorhaben der Landesregierung, Real- und Gesamtschule zur Oberschule zusammenzufassen, wird von [solid] als einfache Abschaffung der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe verstanden. Die damit verbundene weitere Einschränkung der ohnehin schon mangelhaften Chancengleichheit im Schulwesen kritisierte der Verband aufs Schärfste.

[solid] Eberswalde

»Zur Lage der Welt 2005« in der FH Eberswalde:

Globale Sicherheit neu denken

Eberswalde (bbp). Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 droht der »Krieg gegen den Terror« unter dem Blickwinkel eines weiter gefaßten Konzepts von Sicherheit den Kampf gegen Armut, Seuchen und Umweltzerstörung auf ein Nebengleis zu schieben. Michael Renner, Wissenschaftlicher Direktor des Sicherheitsprojektes Worldwatch Institute Washington (USA), trug dazu am 1. Juni in der Aula der FH Eberswalde in einer von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderten Veranstaltung seine Thesen vor, die Teil des des Berichts »Zur Lage der Welt« vom Worldwatch Institute Washington sind.

Die Ursachen des Terrorismus, der lediglich das Symptom eines viel tiefer gehenden Problems auf sozioökonomischer und ökologischer Ebene ist, werden außer Acht gelassen. Renner stellt Krieg und Terror mit Faktoren

wie Armut, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Ressourcenknappheit und Klimawandel in Beziehung und weist auf die sozioökonomischen und ökologischen Konsequenzen einer Politik hin, die ihre Aufmerksamkeit zunehmend von den eigentlichen Ursachen der Unsicherheit abwendet und den Terror als Ursache und nicht als Konsequenz der Unsicherheit deutet.

Er zeigt auf, daß etwa die Bedrohung der landwirtschaftlichen Produktion in den süd-afrikanischen Staaten durch HIV/AIDS, die steigende Zahl von »Umweltflüchtlingen«, hervorgerufen durch die Eingriffe des Menschen in Natur, Ursachen für Anfälligkeit und Bereitschaft zum Terror darstellen können, wie auch das riesige Reservoir arbeitsloser junger Menschen in den meisten Entwicklungsländern.

Weitere Informationen: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Inka Thuncke, Charlottenstraße 30, 14467 Potsdam, 0331-2800786, organisation@boell-brandenburg.de

Wahl des Ausländerbeirates

Eberswalde (prest-bar). Am 24. Juli wird der Ausländerbeirat des Landkreises Barnim neu gewählt. Die Wahl wird als reine Briefwahl durchgeführt, das heißt, alle Wahlberechtigten erhalten bis spätestens 4. Juli ihre Wahlunterlagen. Wählen können alle Ausländerinnen und Ausländer, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens seit drei Monaten im Landkreis Barnim wohnen.

Auch bereits eingebürgerte Migrantinnen und Migranten mit anerkannter doppelter Staatsbürgerschaft, wie z. B. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, dürfen wählen. Diese Personen sind aber nicht im Wählerverzeichnis erfaßt und müssen deshalb einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen.

Das gilt auch für diejenigen, die bis zum 4. Juli 2005 keine Wahlunterlagen erhalten haben, aber die obigen Kriterien erfüllen.

Entsprechende Anträge gibt es in Eberswalde im Büro der Ausländerbeauftragten, Heegermühler Straße 75, bei der SHG »Kontakt« in der Spreewaldstraße 20-22, in Bernau bei der Caritas - Beratungsstelle sowie bei der dortigen Jüdischen Gemeinde. Sie können auch per Mail bei folgender Adresse angefordert werden: auslaenderbeauftragte@kvbarnim.de

Das Wählerverzeichnis kann in der Kreisverwaltung im Büro der Ausländerbeauftragten, Heegermühler Straße 75 (Wahlbüro, Tel. 03334/214320) vom 4. Juli bis zum 8. Juli während der Dienstzeit eingesehen werden.

StVV Eberswalde beschloß:

Gentechnikfreie Kommune

Eberswalde (bbp). Mit 17 gegen 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen stimmte die StVV Eberswalde am 16. Juni für eine von der PDS eingebrachte Beschlüßvorlage zum Thema »Landwirtschaft ohne Gentechnik«. Kontra kam vor allem aus den Reihen der CDU-Fraktion. Für Prof. Bergemann war der Antrag »zu ideologisch«. Zu einer fachlichen Beurteilung sehe er sich nicht in der Lage. Sein Fraktionskollege Christoph Mix sah die Zuständigkeit bei Land und Bund. Rückenwind erhielt der Antrag von Andreas Fennert (Grüne/BFB). In einer vorab verteilten Pressemitteilung der PDS-Fraktion heißt es:

Eine deutliche Mehrheit von 80 Prozent der bundesdeutschen VerbraucherInnen steht gentechnisch veränderten Lebensmitteln ablehnend gegenüber. In unmittelbarer Nachbarschaft Eberswaldes haben sich daher 43 landwirtschaftliche Betriebe zusammengetan und die 120.000 Hektar große gentechnikfreie Region Uckermark-Barnim gegründet.

Die Fraktion der PDS in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hat eine Beschlüßvorlage in die StVV eingebracht, nach der die Landwirtschaft auch auf Eberswalder Territorium frei von Gentechnik bleiben soll.

Die im Eberswalder Stadtgebiet wirtschaftenden Landwirte werden aufgerufen, sich zur gentechnikfreien Produktion zu bekennen und mit ihren Betrieben der gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim beizutreten.

Die PDS-Fraktion schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, daß sich die Stadt den bisher bundesweit 36 Kommunen anschließt, die sich selbst als »Gentechnikfreie Kommune« bezeichnen.

Eberswalde wäre damit die erste Gemeinde Ostdeutschlands, die diesen Titel trägt.

Abgesehen von der Vermeidung nicht voraussehbarer Risiken der Agro-Gentechnik im Sinne der Fürsorgepflicht gegenüber den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern, entspricht das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit dem Image der Waldstadt Eberswalde und dem internationalen Renommee der Eberswalder Fachhochschule.

Die Ablehnung, gentechnisch manipulierte Pflanzen freizusetzen, unterstützt die Anstrengungen, die Eberswalde in den letzten Jahren zugunsten eines attraktiven Tourismus in der Region unternommen hat. Als »Gentechnikfreie Kommune« fördert die Stadt zudem die regionalen Marken, die der Vermarktung der in unserer Region erzeugten landwirtschaftlichen Produkte dienen.

Angesichts der wirtschaftlichen Vorteile eines Beitritts zur gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim und der unübersehbaren Gefahren, die der Einsatz genmanipulierter Pflanzen in sich birgt, hofft die PDS-Fraktion, daß sich die Mehrheit der Stadtverordneten dem Vorschlag für ein Eberswalde ohne Gentechnik anschließt.

Gar nicht zuständig

Der Barnimer Landrat will Kleinkläranlagen beaufsichtigen

Geht es um das Thema Wasser/Abwasser, wird der Landrat nicht müde darauf hinzuweisen, daß das eine Angelegenheit der kommunalen Aufgabenträger, also der Kommunen bzw. der von Ihnen beauftragten Dritten ist. Das sind üblicherweise die Wasser- und Abwasserzweckverbände. Er sei nur die Rechtsaufsicht, hören wir es seit Jahren aus dem Landratsamt.

Seit dem 28.05.05 scheint das nun anders zu sein. Der Pressesprecher des Landrats hat sich zum Thema Kleinkläranlagen zu Wort gemeldet. Angesichts der Tatsache, daß es im Landkreis kaum mehr als 600 Kleinkläranlagen geben dürfte. So genau scheint das der Landrat, selbst nach nochmaliger Überarbeitung und Ergänzung seines Berichts an den Kreistag zur Situation der Zweckverbände, nicht zu wissen. Zudem werden Kleinkläranlagen nicht von den Aufgabenträgern, sondern von den Bürgern selbst betrieben. Wenn man annimmt, daß an jeder Kleinkläranlage durchschnittlich 4 Personen »hängen«, dann betreffen sie nur 2000-3000 Einwohner des Kreises. Es ist schon erstaunlich, daß sich der Landrat mit solchen Details abgibt, für die er nach eigener Aussage nicht zuständig ist und die nur einen kleinen Teil der Bürger des Landkreises betreffen.

Bei einem 4-Personen-Haushalt fallen täglich höchstens 500 Liter Schmutzwasser an, meistens wesentlich weniger, jedenfalls weniger als 8 m³. In den §§ 5, 18b und 18c des (Bundes-)Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) heißt es, Bau und Betrieb sowie die wesentliche Änderung einer Abwasserbehandlungsanlage, die für einen Abwasseranfall von mehr als 8 m³ täglich bemessen ist, bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Wasserbehörde. Das bedeutet im Umkehrschluß, Abwasserbehandlungsanlagen mit weniger als 8 m³ täglich bedürfen keiner Genehmigung durch die zuständige Wasserbehörde. Der § 21 des WHG trifft für diese Anlagen nicht zu!

Auch aus diesem Grunde ist also der Landrat für so kleine Anlagen gar nicht zuständig. Trotzdem läßt er seinen Pressesprecher schreiben: Alle Eigentümer bzw. Betreiber von Kleinkläranlagen werden gemäß § 21 WHG aufgefordert, Unterlagen zur Beurteilung der Anlagen an die untere Wasserbehörde einzureichen. Denjenigen, die dieser Aufforderung nicht folgen, droht der Landrat empfindliche Strafen an, auch erhebliche Bußgelder.

Wir stellen fest: Wenn die Bürger mit dem Wasser Sorgen haben, und sie haben große Sorgen – dann ist der Landrat nicht zuständig, ist er nur Rechtsaufsicht. Wenn es um Einnahmen für die Aufgabenträger geht, dann setzt der Landrat seinen Verwaltungsapparat gegen die Bürger in Gang. Was steckt dahinter?

Es ist die überwiegend finanziell desolante Situation der Zweckverbände. Trotz intensiver

Bemühungen zur Erhöhung des Anschlußgrades an die überdimensionierten Kanal- und Kläranlagen sinkt der Anschlußgrad und damit die Zahl der Beitrags- und Gebührenzahler. Infolge Unterlastung kommt es zu erhöhten Aufwendungen. Das System funktioniert immer weniger gut, besonders in Siedlungen mit ländlichem Charakter.

Der Gewässerschutz spielt bei der Beurteilung von Kleinkläranlagen keine Rolle, denn durch Kleinkläranlagen werden Gewässer nicht beeinträchtigt, geschweige denn gefährdet. Diese Gefährdung geht aber von den Großklärwerken aus, die tausende Tonnen Wasserschadstoffe und Umweltgifte in unsere Gewässer entlassen. Das verschweigt der Landrat. Sein Ziel ist in erster Linie die Wirtschaftlichkeit der Verbände, vorrangig durch Erhöhung der Einnahmen, also auf Kosten der Bürger. Trotz laufender, immer unverschämterer Gebührenerhöhungen reichen die Einnahmen offenbar immer noch nicht, um die Kosten zu decken, insbesondere wohl nicht für den Kapitaldienst.

Betreiber von Kleinkläranlagen fallen als Gebührenzahler für Abwasser aus, Tendenz steigend. Immer mehr Bürger wollen ihr Schmutzwasser und dessen Inhaltsstoffe behalten und verwerten. Dabei handelt es sich dann eindeutig nicht um eine Gewässerbenutzung. Auch wenn die Behörden das gern anders sehen, um zuständig zu sein und Auflagen erteilen zu können. Sie sind nur zuständig bei Gewässerbenutzung. Das Ausbringen - insbesondere von gereinigtem Wasser zum Zwecke der Bewässerung und der Düngung ist keine Gewässerbenutzung. Der Landrat ist erneut nicht zuständig.

Also: Wer kein Gewässer benutzt, muß dem Landrat nichts mitteilen, keine Anträge stellen und kann keine Auflagen erhalten. Das mitzuteilen, hat der Landrat offenbar vergessen, zumindest aber versäumt. Bei berechtigtem Verdacht einer Ordnungswidrigkeit, etwa der unerlaubten Gewässerbenutzung, trägt der Landrat die Beweislast. Der beschuldigte Bürger muß ihm nichts beweisen. Er ist lediglich verpflichtet, bei der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken. Die angedrohten Sanktionen und Bußgelder muß er nicht fürchten, insbesondere nicht bei sorgsamem, umweltgerechtem Umgang mit Wasser. Das gelingt mit wenig Mühe durch eigene Aufbereitung, Kreislaufführung, Bewässerung und ein ausreichendes Speichervolumen für die vegetationsarme Zeit (Teich). Hier beraten Sie gern der Vorstand und erfahrene Bürgerinnen und Bürger aus den Ortsgruppen der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB).

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter der BKB

Pleiten, Pech und Pannen

Könnte man über die jüngsten Aktivitäten der bekannten Nürnberger Agentur in Anlehnung an eine beliebte Fernsehshow sagen. Allerdings mit dem Hinweis, daß hier die Szene keineswegs gestellt ist und es letztlich nicht um die Erheiterung der Zuschauer geht.

Ich spreche von denen in Nürnberg, dem Arbeitsamt, oder verwenden wir doch besser den neuen Namen den man sich vor geraumer Zeit gab – Arbeitsagentur. Nun, letztlich ist das auch sekundär, wenn die inhaltlichen Probleme im Vordergrund stehen würden. Doch dem ist nicht so, wie deren jüngste Aktivitäten wieder einmal beweisen. In die Reihe der beispiellosen Ungereimtheiten im Verschwenden öffentlicher Mittel (Dienstwagenaffäre, Beraterverträge, Softwareentwicklung, Einstellung von Postbeamten mit großzügigen Bezügen) hat sich eine weitere hinzugesellt.

Die Arbeitsagentur hat sich ein neues Logo gegeben.



Neues Logo



Altes Logo

Sie haben sich also ein neues Logo gegeben, nicht weil Sie noch keins hatten.

Heute, in einem Land wo alles nach und unter Symbolen vermarktet wird, vor allem die wohlfeilen Waren der Konzerne, die durch die Globalisierung von Marken die Gier nach diesen Markenartikeln lebendig halten, darf natürlich eine Institution, die hierfür die 5-Millionen-Reservearmee vorhält, nicht fehlen.

Im Handelsblatt vom 4. Mai 2005 wird unter der Überschrift »Die Bundesagentur und ihre neuen Kleider – Indiskretion Ehrensache«, der Leiter Marketing der Arbeitsagentur zitiert:

»Das neue Erscheinungsbild bringt einen praktischen Nutzen für unsere Kunden. Sie finden sich besser zurecht. Wir wollen damit in Summe ein klares Signal geben: Die BA öffnet

sich, wird zeitgemäßer, sie arbeitet kundenorientiert und wirkungsvoller. Was mit der Umbenennung der Bundesanstalt in die Bundesagentur für Arbeit am 1. Januar 2004 begonnen wurde, wird also nun konsequent fortgesetzt. Das neue Erscheinungsbild wird ab Anfang Mai in allen bereits umgestellten Agenturen sichtbar. Danach folgen bundesweit bis zum Jahresende alle Agenturen für Arbeit, in denen das Kundenzentrum und die Handlungsprogramme neu eingeführt werden. Die Entwicklung und die Maßnahmen zur Einführung des neuen Erscheinungsbildes der BA wurden überwiegend mit internen Ressourcen und Kosten von rund 100.000 Euro realisiert.«

Das Handelsblatt hatte aber inzwischen bereits aus BA-Kreisen erfahren, daß die reine Logo-Entwicklung rund 30.000 Euro gekostet hat. Der Rest der 100.000 entfällt auf das neue Farbleitsystem. Experten schätzen die Kosten der Einführung auf insgesamt 10 Millionen Euro (Leuchttafeln á 1200 Euro ohne Montage, Geschäftspapiere, Beschilderungen, Visitenkarten und all das was wir nicht wissen).

Das alles scheint die Herrschenden nicht zu interessieren, dafür setzt man erneut bei den Hartz IV Betroffenen an. Der Superminister, der mit altem oder neuem Logo keine neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen hat, ruft nun zum Kampf gegen Leistungsmissbrauch beim ALG II auf und fordert verstärkte Kontrollen mit dem Ziel, »der Prüfung der Verfügbarkeit der Leistungsempfänger für den Arbeitsmarkt.« (MOZ vom Juni 2005)

Nach Einschätzung der Bundesregierung fehlen allein 2005 zwölf Milliarden Euro im Bundeshaushalt, aber wie mit diesen Mitteln in Nürnberg umgegangen wird, daß merken offensichtlich nur die Betroffenen.

Diese Agentur gehört aufgelöst, denn sie ist unter den jetzigen Gegebenheiten nicht reformierbar. Ein Logo und soviel Aufhebungs könnte nun mancher meinen, es kann viel oder auch alles bedeuten – hinsichtlich der Arbeitsagentur trifft wohl ersteres zu.

GÜNTER VOGLER

Ökome dia ade?

Eberswalde (cr). Zum 15. Mal tourte das Festival Ökome dia aus Freiburg Anfang dieses Jahres durch das Land Brandenburg und machte auch in Eberswalde halt. 1.340 BesucherInnen kamen zu den 35 Veranstaltungen. Die Ökome dia bestätigte ihren Ruf als wichtiges Forum umweltrelevanter Themen zu sein. Der wachsende Zuspruch verdeutlicht, daß hier kein normales Kino, sondern etwas Besonderes geboten wird. Bundesumweltminister und die Stadt Freiburg kürzten indes erneut die Gelder. Daher ist eine Fortsetzung der Ökome dia akut gefährdet, wie FÖN e.V. berichtet. Publikum und Veranstalter der Ökome dia-Tour forderten den Erhalt des Ökome dia-Institutes.

Strausberg gegen Gentechnik

Strausberg (bbp). Wie das Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft unter Berufung auf einen Pressebeitrag in der Märkischen Oderzeitung berichtet, haben die Abgeordneten des Bau- und Umweltausschusses der Strausberger StVV mit knapper Zwei-Drittel-Mehrheit für einen von dem bündnisgrünen Stadtverordneten Uwe Kunath vorgelegten Antrag votiert, die dem Anbau gentechnisch veränderter Maissorten entgegenwirken soll. Die Stadt möge sich verpflichten, heißt es in dem Antrag, auf Pächter stadteigener landwirtschaftlicher Flächen und Landwirte, die in der Gemarkung wirtschaften, einzuwirken, daß sie keinen Genmais anbauen.

KAG »Region Heidekrautbahn«:

Neue Mitglieder gewonnen

Neben den Ortsteilen Liebenwalde und Kreuzbruch konnten erstmals auch privatwirtschaftliche Unternehmen als Mitglied für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft »Region Heidekrautbahn« gewonnen werden. Einstimmig wurde die Niederbarnimer Eisenbahn AG als vollwertiges Mitglied in die KAG aufgenommen. Die Niederbarnimer Eisenbahn AG war jahrelanges Kooperationsmitglied und als solcher bereits ständiger Begleiter und finanzieller Förderer der KAG. Durch die Mitgliedschaft kann eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der KAG und der Niederbarnimer Eisenbahn AG realisiert werden, um so die Interessen der Heidekrautbahn mit den Interessen und Bedürfnissen der Bürger der Region optimal abstimmen zu können.

Der Oberhavel Bauernmarkt GmbH in Schmachtenhagen konnte ebenfalls als Mitglied der KAG gewonnen werden. Der Bauernmarkt, ein überregional bekannter Direktvermarkter und eines der bedeutendsten und einflußreichsten Unternehmen im Bereich der KAG »Region Heidekrautbahn«, ist insbesondere im touristischen Kontext aktiv.

Neben diesen beiden Unternehmen wurden die beiden Ortsteile Liebenwalde und Kreuzbruch Mitglied der KAG. Beide Ortschaften liegen am bislang noch inaktiven Streckenast der Heidekrautbahn mit dem Endbahnhof in Liebenwalde. Ob und wann diese Verbindung wieder angeboten werden kann, ist zurzeit unklar. Zunächst muß die Bedarfslage geklärt werden, weiterhin sind erhebliche bauliche Maßnahmen, insbesondere in Zusammenhang mit der Querung des Oder-Havel Kanals und des Langen Trödels, nötig. Durch die Mitgliedschaft der beiden Ortsteile kann die KAG die Interessen der Bürger der Region hinsichtlich einer Wiederinbetriebnahme des Streckenastes jedoch besser vertreten und die Niederbarnimer Eisenbahn AG bei den entsprechenden Bemühungen tatkräftig unterstützen.

Neben dem Naturpark Barnim konnte der Tourismusverein Naturpark Barnim als Kooperationspartner der KAG zu gewinnen. Durch die Kooperationen können touristische Projekte mit dem Naturpark Barnim wirksamer abgestimmt und die touristischen Angebote in der Region vermarktet werden.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung im Mai 2005 wurde ein neuer Vorsitz der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft gewählt. Auf Wunsch und im Einvernehmen mit dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Drewitz, dem zum Abschied ausdrücklich für seine hervorragende Arbeit gedankt wurde, wurde Herr Seefeldt zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Neuer Stellvertretender Vorsitzender ist der Bürgermeister der Gemeinde Wandlitz, Herr Tiepelmann.

Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG)
»Region Heidekrautbahn«

»Mühlensommer« eröffnet

Eberswalde (mühle). Am 4. Juni wurde in der Zainhammer-Mühle in Eberswalde mit einer Vernissage die 67. Ausstellung im Rahmen der »Mühlensommer«-Veranstaltungen eröffnet. Die Exposition mit dem Namen »Dauer eines Augenblicks« zeigt eine Zusammenstellung verschiedenster Fotos der letzten 2 Jahre von Sören Beseler.

Der gebürtige Eberswalder Sören Beseler lebt zur Zeit in Berlin und studiert das Fach »Audiovisuelle Medien (Kamera)«. Seit etwa fünf Jahren beschäftigt er sich ernsthaft mit der Schwarz-Weiß-Fotografie. Seine Themen sind hauptsächlich Portrait, Akt und Reportage. Hierbei läßt er sich jedoch nicht einfach einem Genre zuordnen, da er sich oft solche Themen

aussucht, die für andere Fotografen unattraktiv sind. Dennoch gewinnt er diesen Motiven durch minimalistische Technik und Gestaltung in Schwarz und Weiß spannungsreiche und einprägsame Bilder ab.

Sören Beseler ist in Eberswalde nicht ganz unbekannt. So arbeitete zeitweilig als Fotograf bei der Märkischen Oderzeitung, leistete ein Praktikum als Kameramann bei »TV Angermünde lokal« ab und war mit seiner Ausstellung »Spiegelbilder« in der Stadtbibliothek zu sehen. Die Ausstellung ist noch bis 26. Juni jeweils samstags und sonntags von 14.30 bis 18 Uhr geöffnet. Die Zainhammermühle befindet sich in Eberswalde, Am Zainhammer 3, Nähe Tierpark.

10. Umweltpreis von Bündnis 90/Die Grünen

Bereits zum 10. Mal schreiben Bündnis 90/Die Grünen in diesem Jahr ihren Umweltpreis anlässlich des Weltumwelttages aus. Prämiiert werden besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz der Natur, bei der Verbesserung unserer Umweltsituation und in der Umweltbildung. Die Preissumme von 750 Euro wird von dem Eberswalder Stadtverordneten Andreas Fennert und dem Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gestiftet. Einen Sonderpreis in Höhe von 150 Euro für besondere Leistungen im Bereich erneuerbare Energien steuert wieder der Verein Energiesparkontor Barnim bei.

Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Die Projekte und Initiativen sollen anschaulich dargestellt und bis zum 26. August in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in der Brautstraße 34 in 16225 Eberswalde eingereicht werden. Qualifizierte Vorschläge für die Preisvergabe sind ebenfalls erwünscht.

Im Jahr 2004 wurden die Naturfreunde e.V., Ortsgruppe Hellmühle, das Projekt Schulwald der Grundschule Mitte Eberswalde und das Projekt Wunderlich-Moor des Gymnasiums Wandlitz mit dem Umweltpreis ausgezeichnet.

THORSTEN KLEINTEICH,

PDS Barnim:

Mitglieder für Offene Liste

Ladeburg (bbp). In Ladeburg trafen sich am 18. Juni die Demokratischen Sozialisten des Barnim, um über das für die vorgezogenen Bundestagswahlen beabsichtigte Linksbündnis zu diskutieren. Dabei kam ein eindeutiges Votum für dieses Bündnis zustande. Auch einen neuen Parteinamen können sich die Barnimer Genossen vorstellen. Voraussetzung sei allerdings, daß auf das Kürzel PDS auch im neuen Namen nicht verzichtet wird. Die Kreismitgliederversammlung wählte außerdem 10 Delegierte für die Landesversammlung zur Aufstellung der Bundestagswahlliste. Unter den sechs Frauen und vier Männern sind so bekannte Namen wie Dagmar Enkelmann, Margitta Mächtig, Ingeborg Kolodzeike und Ralf Christoffers.

Vernissage im Bürgerzentrum

Nachdem die kleine Ausstellung von Maleereien und Skulpturen im Bernauer PDS-Bürgerzentrum von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen wurde, fand am 22. Juni die zweite Vernissage statt. Sowohl der Stadtvorstand der PDS als auch die Landtagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, sich bis Mitte August die Malereien in verschiedenen Techniken der Künstlerin Christa Hadert (Wandlitz) sowie die Arbeiten von Schülern der Keramikwerkstatt an der Schule im Bernauer Nibelungenviertel anzusehen. Nähere Auskünfte werden unter der Rufnummer 03338-5881 oder 03338-459543 erteilt.

SÖREN-OLE GEMSKI,

Vorsitzender des PDS-Stadtvorstandes Bernau

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoooroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (6), Triller (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 18. Juni 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6.8.2005, 12 Uhr.